

erfahrlage der Firma gegen das Verbandsorgan nach sich zog. Auch verklagte die Firma den Verband auf Schadenersatz, weil mehrere Arbeitswillige den erhaltenen Vorschuß nicht zurückgezahlt haben. Die letztere Klage ist zuungunsten der Firma erledigt, die erstere gegen das Organ schwebt noch. Eine Reihe von Abwehrkämpfen entstand aus Lohnreduktionen wegen der Einführung von Maschinen, die in der Regel mit einem Mißerfolge endeten, obwohl gerade sie der Organisation erhebliche Opfer kosteten. Neben den Streiks und Aussperrungen fanden auch zahlreiche Lohnbewegungen statt, die meist zu befriedigenden Ergebnissen führten. In Frankfurt a. M., Wiesbaden und Magdeburg wurde auf diesem Wege der Neunstundentag eingeführt. Eine allgemeine Arbeitstatistik scheiterte an der ungenügenden Beteiligung der Mitglieder, vor allen der größeren Zahlstellen. Dagegen war der Vorstand imstande, die Ergebnisse einer Krankheitstatistik für das Jahr 1905 vorzulegen, an welcher sich 1800 von 1960 Mitgliedern beteiligten. Es entfielen auf 300 Erkrankungsfälle 7316 Krankheitstage. Die Beziehungen zu ausländischen Bruderorganisationen erstrecken sich nur auf Centralorganisationen. Sie sind nach wie vor bejuedigend.

Der Vorsitzende ergänzt diesen Bericht mündlich durch einen historischen Rückblick auf die Kürschnerorganisation und durch höchst lehrreiche Ausführungen über die Taktik bei Lohnkämpfen. Er beklagt, daß deren erfolgreiche Durchführung besonders durch Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden beeinträchtigt werde. Es sei bedauerlich, daß die vom Kürschnerverbände wegen Vergehen gegen Verbandsbeschlüsse ausgeschlossenen Hülfсарbeiter vom Fabrikarbeiterverband aufgenommen wurden. Verfehlt sei es auch, dem Unternehmertum die Anerkennung eines Arbeitsnachweises aufzuzwingen, den die Kollegen selbst nicht benutzen.

Nach dem Bericht des Verbandsstassierers und des Ausschusses, welcher für die Besoldung des ersten Vorsitzenden im Interesse einer besseren Regelung der Verbandsgeschäfte eintritt, verbreitete sich die Debatte sehr eingehend über die bisherige und künftige Taktik des Verbandes. Schließlich wurde dem Vorstand und Ausschuß Decharge erteilt.

Dem während des Martrankstädter Streiks unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wegen Streikvergehens verurteilten Mitglied Kemnitz bringt der Verbandstag eine Ehrung dar. Die Diäten werden auf 7,50 Mk., die Arbeitsverlustentschädigung auf 6 Mk. pro Tag festgesetzt.

Sodann referiert der Verbandsvorsitzende über die Entwicklung des Berufes, die Arbeitsteilung zwischen Ladenkürschneri und Konfektion, die Heimarbeit und die wachsende Arbeitslosigkeit, sowie die schlimmen Zustände in der Mützenbranche beleuchtend. Es wurde eine Resolution gegen die Heimarbeit angenommen und den Filialen aufgegeben, sich den örtlichen Kartellen anzuschließen, sowie Erhebungen über die Lage in der Mützenbranche am Orte und in der Umgebung anzustellen und deren Ergebnisse dem Vorstand mitzuteilen. Ferner wurde die Gründung und Aufrechterhaltung von Lokalorganisationen als schädlich für die Entwicklung des Berufes verurteilt und besonders gegen die Bestrebungen des Berliner Fachvereins, dessen Hauptaufgabe die Organisation des Streikbruchs gegen Kollegen sei, Stellung genommen.

Es folgen die Referate über den Internationalen Kürschnerkongreß (Leipzig 1906) und über den

Kölner Gewerkschaftskongreß. Mit den Beschlüssen des ersteren erklärt sich der Verbandstag einverstanden. Ueber die Beschlüsse des letzteren kam es zu Auseinandersetzungen bezüglich der Maifeier und des politischen Massenstreiks, wobei sich die Mehrheit der Delegierten auf Seiten der Beschlüsse des Jenerfer Parteitages stellt. Zwei dementsprechende Resolutionen wurden angenommen.

Bei Beratung über das Unterstützungswesen mußte die Frage der Arbeitslosenunterstützung wegen mangelnder statistischer Grundlagen völlig auscheiden. So beschränkte sich die Diskussion hauptsächlich auf die Kranken- und Sterbeunterstützung. Sie ergab fast einstimmige Annahme der beiden Unterstützungszweige. Die Krankenunterstützung wird nach dreitägiger Krankheitsdauer und einjähriger Mitgliedschaftsdauer in Höhe von 4,80 Mk. pro Woche auf die Dauer von 30 Tagen gezahlt. Sie erhöht sich nach dreijähriger Mitgliedschaft auf 6 Mk. wöchentlich bei 40tägiger Dauer und nach fünfjähriger Mitgliedschaft auf 7,20 Mk. pro Woche bei 50tägiger Dauer. Das Sterbegeld beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 30 Mk. und steigt auf 40 und 50 Mk. nach drei- bzw. fünfjähriger Mitgliedschaft. Die bisherige Mitgliedschaftsdauer wird angerechnet.

Der Beitrag wird von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 15 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Extrabeiträge können nur in sehr dringenden Fällen vom Vorstand und Ausschuß angeordnet werden. Den Filialen verbleiben 15 Proz. der regelmäßigen Beiträge.

Ferner wurde beschlossen, die Verbandstage künftig nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen. Zahlstellen über 40 Mitglieder können einen eigenen Delegierten und für jedes weitere Hundert einen besonderen Delegierten entsenden.

Die Mitglieder werden verpflichtet, die Arbeitsvermittlung des Verbandes zu benutzen und sich vor Arbeitsannahme über die Verhältnisse des betr. Ortes zu informieren. Die Filialen sollen sich künftig bei Injzenierung von Lohnbewegungen streng nach dem Streikreglement richten, widrigenfalls ihnen die Streikunterstützung versagt werden kann.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg. Der erste Vorsitzende wird fest besoldet. Sein Gehalt beträgt einschließlich der Entschädigung, welche er als Redakteur und internationaler Sekretär bezieht (500 Mk.), 2100 Mk. Der Beitrag zur Unterstützungsvereinigung wird ihm zur Hälfte vergütet. Dem Kassierer werden jährlich 600 Mk., dem Schriftführer 100 Mk. bewilligt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Leipzig.

Als Vorsitzender wird Schubert, als Kassierer Wagnitz wiedergewählt.

Das Statut tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

Die Kommission, welche bei etwaiger Auflösung des Verbandes in Funktion zu treten hat, wurde ergänzt.

Nach einigen Beschlüssen geschäftlicher Natur wurde der Verbandstag geschlossen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maianssperrungen.

Anläßlich der Maifeier sind nach den bisher vorliegenden Meldungen folgende Aussperrungen zu vermerken: In Berlin 16 000 Arbeiter der Metallindustrie; 1663 Holzarbeiter

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 1,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Gesellschaft für Arbeiterversicherung	289	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen in Deutsch- land. — Ein Streik im Pilsener Braugewerbe	301
Gesetzgebung und Verwaltung. Erhebungen über die Heimarbeit. — Eisenbahnminister v. Budge	290	Unternehmerkreise. Aussperrungskoller der deutschen Metallindustriellen	303
Wirtschaftliche Rundschau	291	Kartelle, Sekretariate. Sekretär für Mannheim und Dresden gesucht	304
Arbeiterbewegung. Parteipresse und Gewerk- schaften. — Unsere diesjährige Mafseier. — Aus den deutschen Gewerkschaften.	292	Audere Organisationen. Sechster Kongreß der christlichen Gewerkschaften	304
Kongresse. Kongreß der Handelshilfsarbeiter Deutschlands. — Sechste Generalversam- lung des Verbandes der Sattler Deutsch- lands. — Fünfter Verbandstag der Stuck- teure, Gipser und Pliefterer Deutschlands	297	Mitteilungen. An die Vorstände der Gewerkschaftskartelle und die Einzelbezieher des „Correspondenzblatt“	304
		Konferenz der auf Biegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen	304

Die Gesellschaft für Arbeiterversicherung.

Von Friedr. Klees in Würzen.

Die sich nun schon jahrelang hinziehenden Erörterungen über die Reorganisation unserer Arbeiterversicherung lassen mehr und mehr erkennen, daß die Weiterentwicklung der Versicherung auf einem toten Punkt angekommen ist. Immer mehr klärt sich die Situation dahin, daß die Frage der Reform der Arbeiterversicherung eine politische ist, bei der es nur ein hüben und drüben gibt: eine reaktionäre Richtung, die nur deshalb oder nur dann eine Umgestaltung der Versicherung will, wenn die Arbeiterschaft irgend eines maßgebenden Einflusses auf die Verwaltungskörperschaften beraubt wird — und die Arbeiterschaft, die selbstverständlich den möglichsten Ausbau ihrer Rechte verlangt. Die sich hieraus und aus der tatsächlichen Schwierigkeit der ganzen Materie ergebenden Probleme für eine gesetzgeberische Gestaltung der Angelegenheit sind so groß, daß eben der Ausbau der Versicherung vor einem zu überwindenden Berge steht.

Das sieht man bürgerlicherseits auch ein. Man kommt zu der Erkenntnis, daß auf der Basis, auf der seither die Reformfragen behandelt werden, zu keinem Ziele zu kommen ist. Und so haben sich denn eine Anzahl Leute daran gemacht, den toten Punkt zu überwinden. Es sind dies die Gründer der „Gesellschaft für Arbeiterversicherung.“

Wer oder was ist die Gesellschaft für Arbeiterversicherung? Sehr viel ist allerdings bis jetzt von ihr noch nicht in die breite Öffentlichkeit gekommen. Um so mehr macht sie aber seit einiger Zeit in Fachzeitschriften von sich reden. Der Vater des Gedankens ist der Stadtrat von Frankenberg in Braunschweig, ein bekannter Schriftsteller auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. Sein Vorschlag ging

ursprünglich dahin, eine internationale Gesellschaft für Arbeiterversicherung zu gründen. Später trat er nur für eine deutsche Gesellschaft ein, die auch am 10. Februar 1906 in Frankfurt am Main gegründet wurde. Zu ihren Geburts Helfern gehören außer dem Genannten noch der Stadtrat Fleck, Dr. Schnapper usw. Die Gesellschaft soll sich in Landes- und Ortsgruppen teilen. Ihr Zweck soll die Förderung des Aus- und Umbaues der Arbeiterversicherung sein. Insbesondere soll sie den Interessenten den jetzt fehlenden „neutralen“ Boden schaffen, auf dem sie sich „trotz der Gegensätzlichkeit ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auffassungen begegnen können“, wodurch die gestellten Aufgaben in unmittelbare Nähe gerückt und so an deren Erfüllung gemeinsam miteinander gearbeitet werden könne.

Der „Ausschuß zur Gründung von Ortsgruppen einer deutschen Gesellschaft für Arbeiterversicherung“ hat nun in den letzten Tagen einen Aufruf erlassen und an einen großen Teil interessierter Personen verschickt. Es wird darin darauf hingewiesen, daß die Fragen der Arbeiterversicherung angeht, die von der Reichsregierung angekündigten Reform so sehr im Vordergrund des Interesses stehen und eine so gründliche Besprechung unter Berücksichtigung der verschiedenen Standpunkte verlangen, daß von den Erörterungen innerhalb der Gesellschaft, „bei denen das Trennende zurücktritt und das Gemeinsame betont wird“, der beste Erfolg zu hoffen ist. Wie sich aus allen diesen Worten schon ergibt, will sich die Gesellschaft ganz besonders auch an die Arbeiter wenden und sie zur Teilnahme an die Gesellschaft bewegen. Das veranlaßt uns, zu der Sache kurz Stellung zu nehmen.

Auf dem großen Gebiete der Politik hat es an Versuchen, die gegensätzlichen parteipolitischen oder sozialpolitischen Ansichten auszugleichen, sie

(gefeiert haben von den Holzarbeitern gegen 30 000!); bei den Bauarbeitern in Berlin scheint das Resultat der Aussperrung wie im Vorjahre zu verlaufen, bestimmte Zahlen liegen noch nicht vor. In Hamburg sind etwa 6000 Werft- und Hafenarbeiter und 3000 Klempner, Mechaniker und Schlosser auf drei bis zehn Tage ausgesperrt, in Leipzig 1700 Holzarbeiter auf 14 Tage, sowie 200 Metallarbeiter.

Die Aussperrung im Baugewerbe scheint allgemein nur von geringem Umfange zu sein. Dagegen wird aus Hannover gemeldet, daß der Industriellen- und Fabrikantenverband sämtlichen an der Waisfeier durch Arbeitsruhe teilnehmenden Arbeitern bereits gekündigt hat.

Zur Situation in Frankreich.

Während der Generalstreik der Buchdrucker Frankreichs seinen Fortgang nimmt, sind nun auch seit mehreren Tagen die Gold- und Silberarbeiter, Juwelenarbeiter usw. in den Streik getreten; bis jetzt schätzt man die Zahl derselben auf etwa 5000. Die Zahl der Gewerkschaften, welche am 1. resp. 2. Mai zum Zweck der Erringung des Achtstundentages in den Streik treten wollen, vermehrt sich täglich. Die Broscheure und Broscheusen sind schon im Streik, die Lithographen beginnen am 1. Mai, ebenso die Arbeiter des Ameublement, die Metallarbeiter, die Schneider, die Arbeiter der Nahrungsmittelbranche, die Zimmerleute, Maurer, Erdarbeiter aller Kategorien von Paris und Umgegend, die Baumaler usw., bei mehreren anderen Organisationen wird sich die Sache bis zum 1. Mai entscheiden.

Die Bergarbeiter der Becken von Anzin und im Norden, wie auch die Metallarbeiter derselben Region haben meistens die Arbeit wieder aufgenommen; im Becken vom Pas-de-Calais geht der Streik weiter, nur war die Zahl der Streikenden bis zum 28. April bis auf 38 573 gesunken. In Anzin haben die Bergarbeiter immerhin 10 Proz. Lohnerhöhung und Zugeständnisse hinsichtlich der Kontrolle der Löhne erlangt. Im Pas-de-Calais zeigen die Kompagnien, auf das Drängen des Syndikates und auch des zuständigen Ministers, bisher nur etwas mehr Entgegenkommen hinsichtlich der von den Arbeitern verlangten Kontrolle der bezahlten Löhne; den von den Arbeitern verlangten Lohn selbst (7,18 Frank) wollen sie aber nicht bewilligen; sie gehen nur bis 6,74 Frank. In Bruay, wo überhaupt nicht gestreikt wurde, sind die Arbeiter besser bezahlt; die Kompagnie in Marles bezahlt sogar 7,24 Frank; hier und in der von Ferfay hat der Konflikt nicht lange gedauert; die übrigen Kompagnien versteifen sich auf ihren Herrenstandpunkt und zählen auf die wirklich bittere Not bei den Bergarbeitern, um nicht nachzugeben. Durch die leztthin vorgenommenen Verhaftungen im Streikgebiet wollte man diejenigen habhaft machen, welche die Plünderungen usw. begangen haben. Die dortigen Gerichtsbehörden wollen nun dafür Beweise gefunden haben, daß sich die Anstifter der Plünderungen in Paris, bei den Leitern der reaktionären Parteien, befinden; am 27. wurden hier deshalb 52 Hausdurchsuchungen vorgenommen, sonderbarerweise aber auch in den neuen Lokalitäten der Konföderation und den Leitern derselben, wie Griffuelhes, Lévy und Merxheim; man vermutete, daß die Konföderation zur Führung ihrer Propaganda für die acht Stunden von der Reaktion subventioniert worden sei, was natürlich ganz ausgeschlossen ist. Auch bei den Leitern der „Gelben“

und seitdem noch bei zwei Anarchisten wurde gehäusucht. Seitens der reaktionären Presse aller Schattierungen sind seit einigen Wochen so viele falsche Gerüchte und Lügen hinsichtlich dessen, was am 1. Mai passieren wird, verbreitet worden, daß der Aristokratie und Bourgeoisie ein Schrecken in die Glieder gefahren ist; seit letzter Woche machen die Lebensmittelgeschäfte brillante Geschäfte, so daß sie kaum den Anforderungen entsprechen können. Die Reichen häufen Lebensmittel aller Art auf, und zwar in solchen Mengen, als ob man hier einer Belagerung entgegenginge; eine Menge Geschäfte werden am 1. Mai aus Angst geschlossen werden. Die Regierung selbst, von dieser Panik erfaßt, hat noch 28 000 Soldaten nach Paris gezogen, die deutsche Grenze ist ziemlich entblößt. Da sich in Paris und Umgegend schon etwa 30 000 Mann Truppen befinden, zu denen noch etwa 3000 Mann der sogenannten republikanischen Garde zu Pferde und zu Fuß kommen, neben 12 000 Schutzleuten und einer Menge von Geheimagenten, so kann man sich einen ungefähren Begriff von der hiesigen Situation machen. Währenddem finden täglich u. a. in der großen Arbeitsbörse Massenversammlungen der Streikenden statt, und zwar drei oder vier an einem Tage; kaum verlassen die einen den Saal, so strömen die Mitglieder anderer Berufe hinein.

Für den 1. Mai selbst sind überaus strenge Anordnungen erfolgt; keine Gruppen, keine Züge, Fahnen usw. sollen geduldet werden; die gesamte Militärmacht ist den Civilbehörden (dem Polizeipräfekt) unterstellt. Die Reaktionären sind von all diesem sehr erfreut und wünschen lebhaft, daß es zum Blutvergießen käme, weil dadurch, wegen der nahen Wahlen (am 6. Mai) ihr Weizen blühen würde. Hoffentlich wird sie das Wahleresultat Lügen strafen. — Welchen Ausgang die Achtstundebewegung nehmen wird, werden ja die nächsten Tage lehren.
Paris, 29. April. B. Tr.

Partelle und Sekretariate.

Arbeitersekretär für Dortmund gesucht.

Für das Arbeitersekretariat in Dortmund wird zum 1. Juli eventuell später ein erster Sekretär gesucht.

Bedingung: Gute Kenntnisse der einschlägigen sozialpolitischen und Versicherungs-Gesetzgebung sowie des Knappschaftswesens. Auch wird Gewicht darauf gelegt, daß der Sekretär in bezug auf rednerische Leistung allen Ansprüchen genügt.

Anfangsgehalt 2400 Mk.

Bewerbungen mit kurzer Angabe über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung werden bis zum 1. Juni unter Beifügung einer Probearbeit über: „Die Aufgaben eines Arbeitersekretärs“ erbeten.

Die Aufsichtskommission.

J. A.: Franz Klupfch, Dortmund, Kielstr. 5.

Mitteilungen.

An die Vorstände der Gewerkschaftskartelle sowie Gau- und Agitationsleiter von Rheinland und Westfalen.

Mache hiermit bekannt, daß der Sitz der rheinisch-westfälischen Agitationskommission vom 24. April d. J. von Elberfeld nach Düsseldorf verlegt ist.

Sämtliche Zuschriften sind zu richten an
Fritz Seegert, Düsseldorf,
Dunsenstr. 21 p.

in ethische Formen zu bringen, nicht gefehlt. Haben sie aber zu einem und sei es auch nur zu dem geringsten Erfolge geführt? Mit nichten! Die sozialen und politischen Kämpfe haben sich nur noch mehr verschärft. Ist es nun möglich, daß sich wenigstens auf dem Gebiete der Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung die Meinungen klären und sich ein Ausgleich findet? Wir halten das für ausgeschlossen.

Die Herren übersehen, daß die Arbeiterversicherung kein „Ding an sich“, kein Selbstzweck ist, sondern von den beiden sich gegenüberstehenden Seiten als Mittel zum Zweck angesehen wird. Die Stellungnahme zu den Fragen der Arbeiterversicherung wird sich immer nach Parteigrundsätzen, nach politischen Anschauungen richten. Das beweist schon die ganze Geschichte der Arbeiterversicherung und die Tatsache, daß sie nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck im politischen Kampf gegen die Arbeiterbewegung in die Welt gekommen ist und zwar, wie die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 selbst ausführt, um „dem Vaterlande neue und dauernde Bürgerschaft seines inneren Friedens“ zu geben. Gerade die Tatsache, daß die Arbeiterversicherung diese auf sie gesetzte Erwartung nicht erfüllt hat, ist es ja, welche das Unternehmertum und die in gesetzgeberischer Hinsicht maßgebenden Kreise der Arbeiterversicherung gegenüber so feindlich stimmt.

Den Arbeitern ist die Arbeiterversicherung auch kein Selbstzweck. Ihr Streben ist die Herbeischaffung eines Gesellschaftszustandes, der auf einer anderen, gerechteren sozialen Grundlage beruht. Die Arbeiter respektieren die Arbeiterversicherung, weil sie ein Palliativmittel zur Linderung des sozialen Notstandes ist und weil weiter sie in den Verwaltungen, wenigstens soweit die Krankenkassen in Frage kommen, ein Feld der Betätigung ihrer Bildung und ihrer sozialpolitischen Kenntnisse finden. Würde die letzterwähnte Möglichkeit noch mehr beschränkt werden, so würde die Arbeiterversicherung bei den Arbeitern im Ansehen nur noch mehr sinken.

Es ist selbstverständlich, daß diese Gegensätze auch in der Gesellschaft für Arbeiterversicherung zum Ausdruck kommen, natürlich nur insoweit sich Arbeiter an ihr beteiligen sollten. Denn es kann eben auch in den Fragen der Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung eine Neutralität oder Parteilosigkeit ebensowenig geben, wie in der Politik. Es wird oft darauf hingewiesen, daß ja auch in den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten und in den Krankenkassenvorständen die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten erprießlich zusammenarbeiten. Darauf ist zu erwidern, daß diese Körperschaften durch einen gesetzlichen Zwang zusammengehalten werden und ihre Arbeiten vorwiegend verwaltungstechnischer Art sind. Handelt es sich in den Beratungen aber um organisatorische oder grundsätzliche sozialpolitische Fragen, so werden in der Regel auch immer die Ansichten sich gegenüber stehen. Und daß durch die vorgeschlagenen mündlichen Verhandlungen die Reformfragen besser geklärt werden als durch die Erörterungen in der Presse usw., steht keineswegs zu erwarten. Obgleich die letztere Art den großen Vorzug hat, klarer und sicherer zu sein, haben sich doch schon eine ganze Menge Mißverständnisse und Irrtümer in der Besprechung der Reformfragen seither angehäuft.

Nun soll aber die im Entstehen begriffene Gesellschaft (und insbesondere deren Ortsgruppen)

auch praktische Aufgaben erfüllen. Es ist da genannt worden die Gründung von Geseßungsheimen, die Veranstaltung aufklärender Vorträge, die Errichtung von Auskunftsstellen usw. Das hört sich alles sehr schön an, doch „hart im Raume stoßen sich die Sachen“. Soweit das erstere in Frage kommt, wird es sich nur um allgemeine vorbereitende Besprechungen handeln können, die Ausführung wird immer einem Versicherungsträger oder einer sonstigen Körperschaft überlassen bleiben müssen. Was die Abhaltung der Vorträge anbetrifft, so übersehen die Herren den Kostenpunkt, — ein Problem, das die Gründer ganz unberücksichtigt lassen. Und den geplanten Auskunftsstellen sind von vornherein die größten Bedenken entgegen zu bringen. Solche Einrichtungen dürfen auch in keinem mittelbaren Zusammenhang stehen mit den Versicherungsträgern oder „maßgebenden Personen“, wenn sie unabhängig sein sollen. Die geseßsunkundigen Versicherten brauchen auch weniger „objektive“ Aufklärung, als vielmehr warme Fürsprecher und Anwälte. Und da verdienen die von den Gewerkschaftskartellen errichteten Arbeitersekretariate denn doch entschieden den Vorzug.

Wenn die Gründer die stille Hoffnung genährt haben sollten, die Arbeiter durch die Gesellschaft den Reformplänen der Herren Düttmann, Freund, Seelmann usw. geneigt zu machen, die bekanntlich darauf hinauslaufen, die Krankenversicherung der Invalidenversicherung anzugliedern und ersterer die Verwaltungsformen der letzteren zu geben, die Arbeiter also zu entrechten, so dürften sie sich sehr geirrt haben. Es ist und bleibt der Inhalt aller Arbeiterpolitik, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihren Einfluß auf alle Verwaltungskörperschaften möglichst auszubauen. Und so wird die Arbeitergesellschaft gemäß eines alten Erfahrungssatzes: „Man merkt die Absicht und wird verstimmt“, der neugegründeten Gesellschaft fern bleiben. Es wird sich daher auch bei der Gesellschaft für Arbeiterversicherung wie bei ähnlichen Körperschaften, z. B. der Gesellschaft für soziale Reform usw. um Offiziere ohne Armee handeln. Das beweist denn auch schon der oben erwähnte Aufruf, der von einer Anzahl Regierungsräten, Ärzten usw., aber auch nicht von einem einzigen in der Arbeiter- oder Krankenkassen-Bewegung stehenden Manne unterschrieben worden ist.

Das Gewerkschaftskartell zu Frankfurt a. M. hat übrigens sehr vernünftiger Weise schon beschlossen, die Beteiligung an der Gesellschaft so lange nicht zu empfehlen, so lange sich dieselbe in ihren Bestrebungen nicht auf den Boden des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter in den Versicherungsinstituten stellt. Das hat aber die Gesellschaft seither nicht getan, denn sie hat bisher irgend ein Programm überhaupt noch nicht veröffentlicht. Aus den Persönlichkeiten des Ausschusses — befindet sich doch sogar der aus dem seinerzeitigen Kampf gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkasse Leipzig „bekannt“ gewordene Dr. Kormann darunter — ist vielmehr zu schließen, daß die Gesellschaft das Gegenteil unserer Wünsche tun wird.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Erhebungen über die Heimarbeit werden gegenwärtig vom Reichsamt des Innern in Mittel- und Süddeutschland veranlaßt. Die Untersuchungen sollen sich vorzugsweise auf Erwerbszweige erstrecken, die sich in besonders gedrückter wirtschaft-

licher Lage befinden und nicht bloß die Geschäfts- und Lohnverhältnisse der Hausindustriellen, sondern auch die Wohnungsverhältnisse und die Beschaffenheit der Arbeitsräume berücksichtigen. Bei den Erhebungen sollen die Verwaltungsbehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten, sowie Geistliche, Ärzte, Lehrer und andere geeignete Auskunftspersonen mitwirken. Die amtliche Korrespondenz macht gar kein Hehl daraus, daß Graf Posadowsky lediglich durch die Heimarbeitausstellung veranlaßt wurde, die Bundesregierungen energisch auf den Weg der Heimarbeitreform zu drängen.

Der preussische Eisenbahnminister v. Budde ist am 28. April verstorben. Er entstammte der militärischen Laufbahn und übernahm das Ressort im Jahre 1902. Als Minister hat er eine Reihe von Verkehrsreformen durchgeführt; den Arbeitern und Angestellten gegenüber hielt er indes am alten patriarchalischen System fest und konnte sich nie dazu aufschwingen, ihnen das Recht der Koalitionsfreiheit zuzugestehen. Die darob im preussischen Landtage geführten scharfen Kämpfe sind zur Genüge bekannt. Um den Koalitionsbestrebungen „seiner“ Arbeiter und Angestellten den Boden zu entziehen, gründete er selbst einen Verein für letztere, den er von der Regierung subventionieren ließ. Der Verein hat seitdem als wesentlichstes Feld seiner Wirksamkeit die Beschaffung wohlfeiler Kohlen und Kartoffeln für seine Mitglieder auserkoren. Sonst war er durchaus wirkungslos, und wie wenig er die Erwartungen seines Gründers erfüllte, bewies die zu Anfang dieses Jahres notgedrungen erfolgte Einführung des Neunstundentages in den Eisenbahnwerkstätten, eine Neuerung, die den Centralverband deutscher Industrieller stark beunruhigte und zu Entgegnungen veranlaßte. — Als Nachfolger v. Buddes wird Herr Breidenbach, zurzeit Vorsitzender der Kölner Eisenbahndirektion, bezeichnet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die März- und Quartalsstatistik für Roheisen, für Steinkohlen — Internationale Kupfer- und Zinnknappheit — Die tatsächliche und mögliche Rückwirkung der Katastrophe von San Francisco.

Die Vollbeschäftigung der meisten Industrien, vielfach bis zur äußersten Anspannung aller Kräfte, jetzt sich ununterbrochen fort.

Wir erwähnten das letzte Mal, daß der Stahlwerksverband, was den Märzabsatz anbelangt, die höchste bis jetzt dagewesene Monats-Verkaufsziffer verzeichnen konnte. Gleich darauf gab der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Roheisenerzeugung für Deutschland (und Luxemburg) bekannt. Diese weist für März gleichfalls die höchste jemals beobachtete Monatsproduktion auf. Sie betrug nämlich 1 051 527 Tonnen — gegen 935 994 Tonnen in dem vorangegangenen, allerdings um drei Tage kürzeren Monat Februar, und gegen 895 908 Tonnen im März des vorigen Jahres. Im ganzen ersten Quartal (Januar bis Ende März) 1906 betrug die Roheisenherstellung 3 005 982 Tonnen gegen nur 2 334 590 Tonnen im gleichen Vierteljahr 1905. Das sind sicherlich sehr erfreuliche Ergebnisse für das Produktionskapital. Ferner werden die erzielten Preise in den Eisengewerben immer günstiger, wobei allerdings die Interessengegenstände zwischen den kapitalistisch stärkeren und besser organisierten Rohmaterialienlieferanten und den Ver-

brauchern und Bearbeitern der im Preise emporgeschraubten Rohstoffe und Halbfabrikate neue Nahrung gewinnen. Erst vor ein paar Tagen, am 2. Mai, hat der Stahlwerksverband eine Erhöhung der Preise für Halbzeug und Träger um je 5 Mk. pro Tonne beschlossen, und zwar für Halbzeug ab viertes Quartal, für Träger ab drittes Quartal. Entsprechend kündigt der Walzdrahtverband eine (sofortige!) Erhöhung der Preise für Walzdraht um 5½ Mk. an. Der Verein deutscher Nietensabrikanten hat die Preise für Kessel-, Brücken- und Schiffsnieten um 2,50 Mk. pro Tonne gesteigert. Ueberall müssen sich die Besteller auf längere Lieferfristen einrichten.

Für die Steinkohlen sind seit dem 1. April höhere Syndikatspreise in Kraft getreten. Die Produktionsziffern liegen auch hier erst bis Ende März vor, und Vergleiche mit dem Vorjahre sind diesmal irreführend, weil das erste Quartal 1905 den großen Bergarbeiterstreik umschloß. Wir greifen deshalb auf die entsprechenden Ziffern des Jahres 1904 zurück. Wir finden dann als Steinkohलगewinnung im Deutschen Reich, in Tonnen:

	Monat März	Januar bis Ende März
1906	12 439 720	35 240 546
(1905)	11 031 059	(26 417 052)
1904	10 639 803	30 327 834

Der Streik dauerte im Vorjahre etwa von Mitte Januar bis Mitte Februar; er spiegelt sich deshalb in der außergewöhnlich niedrigen ersten Quartalsziffer von 1905 wieder. Aber auch gegen das erste Quartal 1904 finden wir im laufenden Jahre eine Steigerung der Ausbeute um fast ein Sechstel um nahezu 5 Millionen Tonnen. Der vorige März war schon durch eine starke Anspannung gekennzeichnet, da man die Streikfolgen möglichst rasch zu überwinden suchte; aber der März 1905 stand nur um rund 600 000 Tonnen über seinem Vorgänger; der diesjährige März übertrifft seinen Vorgänger um 1 400 000 Tonnen. Es ist kein Wunder, daß die Börse die Grubenaktien und Ruze wieder einmal für Kurstreiberereien bevorzugte. Für den April wird schon jetzt als charakteristisches Ergebnis mitgeteilt, daß man zwar den französischen Mehrbedarf, der durch den Grubenstreik entstand, nicht voll ausgenützt habe, daß man weiter in den Grenzgebieten deutscher und englischer Konkurrenz die englische Kohle nicht mit der sonstigen Entschiedenheit auszuschalten gesucht habe, daß man aber trotz alledem dem „seitens aller Industrien sehr starken Begehre nicht voll zu entsprechen“ vermochte — wobei allerdings der Stillstand des Osterfestes mit ins Gewicht fällt.

Da diese Vollaufentwicklung eine internationale ist, so bildet die leztthin an dieser Stelle für Deutschland besprochene Rohstoffknappheit und Rohmaterialientuerung einen in allen Ländern fühlbaren und vielbesprochenen Nachteil für die weiterverbrauchenden Industrien. So hat in den Vereinigten Staaten der Preis des Zinnes, so lange man ihn an der Hand zuverlässiger Aufzeichnungen zurückverfolgen kann, noch niemals so hoch gestanden wie gegenwärtig, wo er dem Nickelpreise fast gleichkommt! Nach einer Statistik der New Yorker Metallbörse betrug die für den Weltmarkt verfügbare Menge Rohzinn seit 1899:

Jahr	Tons		Jahr	Tons	
	à 1018 kg	à 1018 kg		à 1018 kg	à 1018 kg
1899	70 525		1903	89 000	
1900	77 200		1904	92 400	
1901	84 750		1905	90 550	
1902	87 970				

Die Vereinigten Staaten beanspruchten für ihren Bedarf annähernd 44 Proz. dieser Mengen; die Weltproduktion stieg ungefähr in demselben Maße wie die amerikanische Einfuhr bis zum Jahre 1905, wo sie zum ersten Male seit langer Zeit hinter dem Vorjahre zurückblieb, während die industrielle Nachfrage nach dem wichtigen Metall augenblicklich besonders groß ist. Amerika hat sich zudem noch mit einem Zinnzoll belastet, so daß die Zufuhr sich nicht ohne Störungen vollzieht und den Spekulanten die Einschließung der geringen Vorräte und der Preiswucher erleichtert ist.

Die Kupfernot wird in englischen und amerikanischen Fachblättern viel erörtert. Im amerikanischen „Engineering and Mining Journal“ kommt dabei Professor James Douglas zu dem überraschenden Schlusse, daß Roheisen- und Kupfererzeugung normalerweise ein ziemlich festes Größenverhältnis aufweisen — während der letzten zehn Jahre etwa wie 1 : 83 (je eine Tonne Kupfer auf je 83 Tonnen Roheisen) — und daß jede heftige Störung dieser Relation gewissermaßen einen krankhaften Zustand enthülle und in abnormen Preisen zum Ausdruck komme. Seit 1905 sei die Roheisenproduktion weit der Kupfergewinnung vorausgeeilt; offenbar genüge die letztere dem Weltbedarf nicht mehr und der vorherrschende Preishochstand sei deshalb erklärlich. Die statistischen Ziffern, auf die sich Prof. Douglas stützt, sind zweifellos sehr interessant. Nur steckt in dem Parallismus gar nichts Geheimnisvolles. Der Roheisenverbrauch galt immer schon als ein sehr guter Anhalt, um Niedergang und Aufstieg der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur festzustellen. Dem Kupfer — einer der materiellen Grundlagen der Elektrotechnik, des Schiffs- und Lokomotivenbaues, der Munitionsfabrikation und so vieler anderer Groß- und Kleingewerbe — ist mehr und mehr eine ähnliche symptomatische Rolle zugefallen, so daß die Kurve des Kupferbedarfes ähnlich auf und nieder sich bewegt wie die allgemeine Wirtschaftskonjunktur, und darum auch ähnlich wie die Kurve des Roheisenbegehres und der dadurch maßgebend bestimmten Roheisenproduktion. — Um eine ungefähre Vorstellung der letztjährigen Preisschwankungen zu geben, sei bemerkt, daß im Depressionsjahr 1904 der höchste Londoner Kupferpreis pro Tonne 68 $\frac{1}{2}$ Pfund Sterling betrug, der niedrigste ein wenig über 55 $\frac{1}{2}$ Pfund Sterling, während jetzt 84 $\frac{1}{2}$ bis 85 Pfund Sterling notiert werden. Die Steigerung vollzog sich hauptsächlich, aber zunächst durchschnittlich langsamer, seit November 1904, um dann seit Oktober 1905 nochmals sprunghaft fortzuschreiten.

Noch immer nicht recht klar ist sich die Geschäftswelt, wie die Katastrophe von San Francisco auf weitere Kreise wirken wird. Die unlösliche Verflechtung der aller verschiedensten Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens tritt dabei augenfällig hervor. An sich scheinen die Vorgänge an dem wenig ausgedehnten pazifischen Küstenstreifen Nordamerikas bei aller Ungeheuerlichkeit ziemlich lokaler Natur. Aber die Versicherungsgesellschaften, die sich zunächst um den New Yorker Geschäftsmittelpunkt konzentrieren, unter denen sich aber auch englische und deutsche schadensersatzpflichtige Unternehmungen befinden, müssen enorme Entschädigungsbeträge — man spricht von über einer Milliarde Mark — binnen kürzester Zeit freisetzen. Der bereits überspannte, wenig elastische New Yorker Geldmarkt wird schon seit geraumer

Zeit diesen Alldruck nicht mehr los. Der einfachste Weg, Geld zu erhalten, ist für die Versicherungsgesellschaften durch ihre ganze Verfassung gegeben: sie versilbern ihre Vorräte von Wertpapieren, sie werfen mit einem Schläge große Massen von Effekten auf den Markt, vielleicht rascher als nötig, weil mit den Kursen auch der Wert dieses Besitzes und dieser Reserven sinken könnte. Andererseits beginnt seitens der Besitzer von Versicherungsaktien gleichfalls ein förmliches Verkaufswettrennen, weil die übertriebensten Gerüchte über die Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaften Glauben finden und weil mancher Gesellschaft schon der Bankrott prophezeit wurde. Eine solche Panik kann unter Umständen das ganze künstliche Gebäude der amerikanischen Börsenspekulation ins Wanken bringen und Schlag auf Schlag nach allen Seiten Katastrophen hervorrufen, deren Verlauf und Ende nicht vorauszusehen ist. Vorläufig nehmen London und die kontinentalen Börsen und Banken bedeutende Mengen der drüben abgestoßenen Werte zu den abgeschwächten Kursen auf, weil man auf spätere Wiedererholung der Kurse und deshalb auf gute Profite rechnet. Aber diese Rechnung kann auch sehr irren; und jedenfalls vermehren solche Transaktionen das Abströmen des Bargeldes und des Barrengoldes nach Amerika, während unsere Banken schon längst und ständig über „Geldknappheit“ klagen. In der Tat hat die Bank von England ihren Diskont bereits am 3. Mai wieder um $\frac{1}{2}$ Proz. (von $3\frac{1}{2}$ auf 4 Proz.) hinaufsetzen müssen, und die sehnlichst erwartete Diskontermäßigung der Deutschen Reichsbank liegt heute noch genau so weit entfernt, wie vor Monaten. Dadurch wird schließlich unser gesamtes Geschäftsleben, nicht zum wenigsten auch unsere Produktion, in Mitleidenschaft gezogen; und es stellt durchaus keinen Ausgleich dar, wenn die europäischen Eisengewerbe einen beträchtlichen Bedarf für den Wiederaufbau San Franciscos sich als willkommene Beute zufallen und selbst die amerikanischen Zollmauern für die einmaligen enormen Zufuhren nach der pazifischen Küste in Wegfall kommen sehen.

Berlin, 6. Mai 1906.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Partei- und Gewerkschaften.

In Nr. 103 des „Vorwärts“ vom 5. Mai veröffentlicht Genosse Kautsky unter der Ueberschrift „Genossin Luxemburg und die Gewerkschaften“ einen zwei Spalten langen Artikel, in dem er sich mit den Redaktionen des „Zimmerer“ und der „Zeitschrift für Graveure“ und auch mit uns abzufinden glaubt.

Der Glaube des einen gilt aber immer noch nicht als Beweis für den anderen, und Genosse Kautsky ist den Beweis für das, was er nach seinen von uns in Nr. 17 des „Correspondenzblattes“ veröffentlichten Behauptungen zu beweisen hat, vollständig schuldig geblieben.

Schon die Ueberschrift seiner Veröffentlichung zeigt, daß er den Tatbestand völlig zu verschleiern bestrebt ist. Im Verlauf seiner Darstellungen ist er denn auch eifrig bestrebt, das Gefühl der Klassenbewußten Arbeiterschaft gegen uns zu empören, weil wir die im Gefängnis sitzende Genossin Luxemburg angegriffen haben sollen. Er schildert die Gefahren, denen die in den Händen der russischen Genossen befindliche Genossin ausgesetzt ist und spricht uns jedes Mitgefühl für dieses Opfer des Zarismus ab. Nun,

Genosse Kautsky, wir haben nicht zu untersuchen, auf welcher Seite das größere Mitgefühl mit den Opfern der russischen Henker sich befindet, bei Ihnen oder bei uns. Aber eines ist uns durch Erfahrung stets bestätigt worden, wo das Mitgefühl in lauter Weise herausgeschrien wird, ist von wahrer und warmer Mitempfindung nie die Rede. —

Da aber versucht wird, an dem uns angeblich mangelnden Mitgefühl unsere Schlechtigkeit zu beweisen und uns so von vornherein ins Unrecht zu setzen, so sei der Tatbestand des Streites nochmals kurz festgestellt.

Die „Zeitschrift für Graveure“ veröffentlicht eine Artikelserie über „Partei und Gewerkschaften“, in der inniges Zusammenarbeiten zwischen beiden empfohlen wird. Im siebenten Artikel werden dann einige Äußerungen aus der Parteipresse zitiert, die geeignet erscheinen, dieses Zusammenwirken zu fördern, u. a. ein Artikel aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ über den Gewerkschaftskongreß. Die „Graveurzeitung“ behauptet nun, der Verfasser des Artikels, der aber — was ausdrücklich festgestellt werden muß — nicht genannt wird, habe in einer Berliner Versammlung ungünstige Äußerungen über die Gewerkschaften getan. Der „Vorwärts“ veröffentlichte die letztere Angabe der „Graveurzeitung“, stellte fest, daß der Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ von der Genossin Luxemburg stamme und tadelte die „Graveurzeitung“, weil sie die Genossin angreife, während sie im Gefängnis sich befinde. Danach hätte die Sache erledigt sein können. Jedoch hielt Genosse Kautsky es für nötig, nach der von uns veröffentlichten Erklärung einzugreifen.

Wie in unserem Artikel, den wir gegen diese Erklärung des Genossen Kautsky brachten, ausdrücklich betont wird, legen wir nicht das Gewicht darauf, was die Genossin Luxemburg gesagt oder geschrieben hat, sondern darauf, was Genosse Kautsky über Gewerkschaftsbeamte und Gewerkschaftsredakteure in dieser Erklärung schreibt. Die Genossin Luxemburg konnte für uns dabei völlig auscheiden und wir waren nur genötigt, sie in unseren Ausführungen zu erwähnen, weil wir aus der Erklärung des Genossen Kautsky nicht einzelne Sätze bringen wollten.

Daß dieser einfache Tatbestand dem Genossen Kautsky entgehen kann, vermögen wir nicht zu glauben und müssen deshalb annehmen, daß die Art, wie er die Genossin Luxemburg immer wieder und wieder in den Vordergrund der Diskussion schiebt, den Zweck hat, uns die Antwort auf die sehr bestimmte und klar von uns gestellte Frage schuldig bleiben zu können.

In Kautskys Artikel werden uns in dem Teil, der sich mit unseren Ausführungen beschäftigt, zunächst, wie es sich ja heute seitens ökonomisch-historisch gebildeter Parteigenossen gehört, einige Schmeicheleien an den Kopf geworfen. Wir sind die „Anstands dame des „Correspondenzblatt“, die „Prinzessin auf der Erbse könnte uns um unser Partgefühl beneiden“, und doch haben wir eine „Bülowische Rhinoceroshaut“, wo es sich um wtrlichen Anstand handelt und so. Das alles sind Lusthiebe, die böllig an uns vorbeigehen. Kautsky suchtst auch nur in dieser Weise in der Luft herum, weil er zu glauben scheint, wir lassen uns dadurch verblüffen und vergessen in dieser Verblüffung, daß wir von Kautsky keine Antwort erhalten haben.

Wir wollen uns auch nicht des weiteren mit den Ausführungen des Artikels des Genossen Kautsky beschäftigen, weil wir sonst fürchten müssen, Kautsky kommt in der zu erwartenden Erwiderung insolge

des Polemizierens wieder nicht dazu, uns die Antwort zu geben, um die wir ihn aufs neue dringend ersuchen. Aus demselben Grunde unterlassen wir es auch, näher darzustellen, in welcher Weise Kautsky beliebt, einzelne Absätze aus unserem Artikel zu zitieren, obgleich damit recht drastisch bewiesen werden könnte, wie recht wir haben, wenn wir behaupten, Kautsky versucht, die Polemik auf ein Gebiet zu schieben, auf dem er das Gefühl der Arbeiter gegen uns glaubt empören zu können. Jedoch eine Äußerung dürfen wir den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die nicht Gelegenheit haben, den „Vorwärts“ zu lesen, aus dem Artikel Kautskys nicht vorenthalten. Der „Zimmerer“ hatte geschrieben, man solle doch die Empörung, die sich in der Arbeiterschaft gegen die Brutalität der russischen Henker geltend macht, nicht auf die Gewerkschaftsbewegung abzulenken suchen. Darauf schreibt nun Kautsky:

„Verzeihung, tiefblickender Herr Kollege, aber was ich tat, war etwas ganz anderes: ein Versuch, die gesunde Empörung der Gewerkschaftsbewegung gegen Gewerkschaftsbeamte zu lenken, die nicht umhin können, selbst jetzt noch ihrem Haß gegen die Genossin Luxemburg Ausdruck zu geben und deren Ansehen durch Fälschungen zu untergraben.“

Nach einem Gewerkschaftsbeamten, der die Genossin Luxemburg haßt, wird Kautsky wohl ebenso vergeblich suchen wie nach den von ihm geschilderten Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteuren, die er als ein Uebel bezeichnete. Aber „die gesunde Empörung der Gewerkschaftsbewegung gegen Gewerkschaftsbeamte zu lenken“, das ist es ja eben, was in neuerer Zeit versucht wird. Das kommt zum Ausdruck in dem von uns in Nr. 17 zitierten Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, das sprach aus dem in Nr. 10 des „Correspondenzblattes“ zitierten Artikel des „Vorwärts“: „Gewerkschaften, Staffage für die Beamten“, das fühlte man aus einer Reihe anderer mehr oder minder deutlicher Artikel und Notizen und aus gelegentlich hingeworfenen Bemerkungen heraus.

Dem Genossen Kautsky aber war es vorbehalten, dies deutlich auszusprechen und wir sind ihm dankbar dafür, denn es trägt zur Klärung der Situation wesentlich bei.

Es ist traurig, daß es so ist, aber wir müssen uns damit abfinden. Da wir uns bewußt sind, daß die Gewerkschaftsbeamten ihre ganze Kraft einsetzen, um nicht nur ihre Organisation, sondern die gesamte moderne Arbeiterbewegung zu fördern, so können solche Äußerungen, die, bewußt oder unbewußt, einen Gegensatz zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und den von ihnen gewählten Beamten hervorrufen, nur vereinzelt und vorübergehend Wirkung haben, einen dauernden und allgemeinen Nachteil der Arbeiterbewegung aber nicht bringen. Wenn der Pfeil aber einmal auf den Schützen zurück schnellen sollte, dann bitten wir, daß die heute so Mutigen und anscheinend Unverwundbaren kein Klagegeschrei erheben.

Genosse Kautsky behauptet dann, daß es ihm gelingen sei zu beweisen, daß die Genossin Luxemburg die in Frage stehenden Äußerungen nicht getan hat und legt dieser angeblichen Beweisführung die größte Bedeutung bei. Er sagt, daß weder der „Zimmerer“ noch das „Correspondenzblatt“ über diese Beweisführung ein Wort verlieren und erklärt: „Ich sehe darin ein stillschweigendes Zugeständnis, daß sie gegen meine Beweisführung nichts vorzubringen wissen.“

Schmiede, 126 Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen, 921 Buchbindereiarbeiter und -arbeiterinnen, 431 Zimmerer, 60 Graveure, 100 Kupferschmiede und 250 Vergolder ausgesperrt. Die Zahl der Ausgesperrten im Baugewerbe ist noch nicht bekannt gegeben. Auch in der Umgegend Berlins sind mehrere größere Aussperrungen vorgenommen worden. In Hamburg wurde über die Feiernden in den Hafen- und Werftbetrieben eine zehntägige Aussperrung verhängt. Umfangreichere Aussperrungen werden auch aus Leipzig, Nürnberg, Altenburg, Mühlheim a. Rh., Mühlhausen i. Th. usw. gemeldet. Da die Fachpresse erst in den nächsten Tagen über den Umfang der Maiaussperrungen berichten kann, so müssen wir unsere Leser bis zur nächsten Nummer dieses Blattes vertrösten. Der große Umfang der Maiaussperrungen in diesem Jahre läßt erkennen, daß das Unternehmertum mehr denn je gesonnen ist, die Maifeier zu einer Machtfrage zu gestalten, so daß den Gewerkschaften noch ganz erhebliche Kämpfe bevorstehen, ehe die Arbeitsruhe auch nur in den wesentlichsten Industrien durchgeführt sein wird. Das rechtfertigt es vollkommen, daß die Gewerkschaften sich bei der Verwirklichung der Arbeitsruhe am 1. Mai diejenige Vorsicht auferlegen, die jeder Machtkampf mit einem wohlgerüsteten Gegner erfordert. Mag aber auch die Maikundgebung in größerem oder geringerem Umfange von Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen begleitet sein, so läßt sich doch mit Gewißheit sagen, daß die Arbeiterschaft an der Maidemonstration festhalten und nicht darauf verzichten wird, an diesem Tage den herrschenden Gewalten ihre Forderungen nach dem gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag, nach einem ausreichenden Arbeiterschutz und nach der politischen Gleichstellung aller Staatsbürger zum Bewußtsein zu bringen.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Vom Buchdruckerverbande ist nunmehr die Abrechnung für das vierte Quartal 1905 in der letzten Woche erschienen und betrug demnach der Gesamtmitgliederstand am 31. Dezember 44 476. Dadurch wird die von uns in voriger Nummer (Seite 280) gebrachte Zahl um 407 erhöht. Desgleichen tritt infolge der ebenfalls soeben erschienenen Jahresabrechnung des Böttcherverbandes eine Erhöhung von 1161 ein, da nach dieser endgültigen Feststellung der Mitgliederstand des Verbandes am Jahresschluß 6529 betrug. Somit erhöht sich unsere Schluszziffer im vorigen Nummer auf 1 431 331 Mitglieder unserer Gewerkschaften am Jahresschluß 1905. Aber auch diese Zahl dürfte wahrscheinlich noch eine Verschiebung nach oben erfahren durch die noch ausstehenden endgültigen Jahresabschlüsse der Organisationen, deren Mitgliederzahlen wir, außer den Buchdruckern, in voriger Nummer in Kurzschrift brachten.

An neueren Zahlen über die Mitgliederbewegung im ersten Quartal 1906 liegt heute die Quartalsabrechnung des Verbandes der Schiffszimmerer vor. Die Schiffszimmerer zählten demnach am 31. März 3318 Mitglieder bei einem Vermögensbestand von 56 712,83 M.

Für die günstige Weiterentwicklung unserer Organisationen im neuen Jahre legen auch die neueren Auflageziffern einzelner Verbandsorgane Zeugnis ab. So hat der „Bauhülfsarbeiter“ mit der Nummer 18 eine Auflage von 75 000 erreicht, die „Bäder-Zeitung“ mit der

gleichen Nummer eine solche von 15 000 und der „Textilarbeiter“ von 85 000.

Im Buchdruckerverbande fanden in den Ostertagen Konferenzen bzw. Kongresse der Korrektoren, der Maschinenseker und der Maschinenmeister statt, auf denen auch der Centralvorstand des Verbandes vertreten war. Die Korrektoren, die heute im Buchdruckerverbande 16 Vereine mit 400 Mitgliedern zählen, beschloffen nach einem eingehenden Referate eine Resolution, in der die Aufnahme der Korrektoren in die Tarifgemeinschaft gefordert wurde, wodurch die Befreiung der Korrekturen außerhalb der Druckereien erreicht werden müßte. Gerade in dieser Heimarbeit erblickte die Konferenz eine wesentliche Ursache der ungünstigen Verhältnisse der Korrektoren. Eine weitere Forderung der Konferenz war die Einführung einer einheitlichen Rechtschreibung und wurde zu diesem Zwecke der Buchdrucker-Duden empfohlen. Die notwendigen Nachschlagebücher sind von den Geschäftsleitungen zu liefern. — Zur weiteren Förderung der Interessen der Korrektoren soll die Generalkommission am Orte des Verbandsvorstandes bestehen bleiben. In den Korrekturenvereinen können nur Mitglieder des Verbandes Aufnahme finden.

Auf dem Maschinensekerkongress wurde unter anderem eine Resolution gegen die in vielen Betrieben übliche Art der Kontrolle, die in der Debatte als eine Schikanierung des Personals bezeichnet wurde, angenommen und die Verbands- und Tarifbehörden beauftragt, Mittel und Wege zu finden, um diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu bereiten. Weiter wurden organisatorische Angelegenheiten beraten. Eine Statistik soll im nächsten Jahre aufgenommen werden usw.

Die Maschinenmeister haben bereits 80 Vereine mit 5620 Mitgliedern an 220 Orten. 75 Proz. sind heute organisiert. Auf dem Kongress, der in Berlin stattfand, wurde die Lehrlingsfrage, das Ueberstundenunwesen usw. sehr eingehend beraten und entsprechende Resolutionen gefaßt, die bei der Revision des Tarifes zweifelsohne von Wert sein werden. Ein besonders reichhaltiges statistisches Material zur Beurteilung der Lehrlingsfrage brachte der Referent zutage, das sowohl die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe als auch das Zahlenverhältnis der Lehrlinge zu den beschäftigten Gehülften ausführlich veranschaulicht.

Ferner fand noch zu Ostern eine Konferenz der im Buchdruckerverbande organisierten Stereotypen- und Galvanoplastiker statt, die ebenfalls die Einbeziehung dieser Berufsgruppe in den Tarif forderte. Weiter wurden die Lehrlingsfrage, die Hülfсарbeiterfrage usw. beraten.

In den beiden letzten Nummern des „Handschuhmacher“ wenden sich Einsendungen gegen die Stellungnahme unseres „Corr.-Bl.“ in Sachen der Behandlung des Centralvorsitzenden bzw. der in diesem Verbands üblichen Wahl derselben per Urabstimmung, woraus auch das Recht einzelner Filialen hervorgeht, die Vertrauensfrage zu stellen usw. Wir stellen zunächst fest, daß wir das Unhaltbare in der Bestimmung, betreffend das Recht, die Vertrauensfrage seitens einzelner Filialen zu stellen, kennzeichnen wollten und unsere diesbezügliche Stellungnahme wird doch am besten durch das Ausscheiden der beiden bisherigen Centralvorsitzenden des Verbandes bestätigt. Wir haben lediglich die

Nein, Genosse Kautský, so liegt die Sache nicht. Wir lehnen es nach wie vor ausdrücklich ab, gegen die Genossin Luxemburg, deren Name vom „Vorwärts“ in die Debatte gezerrt wurde, so lange zu polemisieren, als die Genossin Luxemburg im Gefängnis sitzt. Ueber Ihre Beweisführung wollen wir sprechen, wenn die Genossin in die Freiheit zurückgeführt ist.

Gegenwärtig haben wir es nicht mit Äußerungen der Genossin Luxemburg, sondern mit solchen des Genossen Kautský zu tun. Auf unsere präzise gestellte Frage, uns die von ihm gekennzeichneten Gewerkschaftsbeamten zu nennen, glaubt Genosse Kautský, nachdem er seiner Meinung nach bewiesen hat, daß es sich bezüglich der in Frage stehenden Äußerungen der Genossin Luxemburg nur um Klatsch handelt, folgende ausreichende Antwort erteilt zu haben:

„Es ist also klar, daß, wer diesen Klatsch kolportiert, Unfrieden zwischen Partei und Gewerkschaft sät, das Verhältnis zwischen beiden vergiftet, Wasser auf die Mühle Rekhäusers liefert. Diesen Klatsch ohne weiteres für wahr halten, kann aber auch nur jemand, der von blindem Hass gegen die revolutionären Vertreter der Sozialdemokratie erfüllt, vom Geiste Rekhäusers angeteufelt ist, wenn er es auch selbst vielleicht nicht merkt: den Teufel spürt ja befanntlich das Völkchen nie, und wenn er es beim Stragen hätte.“

Hier hat das „Correspondenzblatt“, nebenbei bemerkt, die Antwort auf seine Frage, welchen Gewerkschaftsbeamten und Redakteuren ich vorwerfe, daß sie nach dem Vorbild Rekhäusers das bisher bestehende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft untergraben, dessen Aufrechterhaltung Genossin Luxemburg, wie wir alle, für unerlässlich hält.“

Nach all diesem war nicht gefragt und, nebenbei bemerkt, kommt uns der Versuch, aus Rekhäuser den „Buhmann“ für die unartigen Gewerkschaftskinder zu machen, nachgerade lächerlich vor. Wir schätzen den gesunden Sinn unserer deutschen Arbeiterschaft zu hoch ein, als daß wir nicht annehmen sollten, daß diese Ungesundes nicht abschütteln würde. Ueber das Stadium der Arbeiterbewegung, in welchem einzelne Personen ihre falsche Meinung der Arbeiterschaft suggerieren konnten, sind wir hinaus und die Buchdrucker gehören in erster Linie zu den Arbeitern, die zu unterscheiden vermögen, ob die Sünden Rekhäusers größer sind als die Sünden derjenigen, die seit Jahren auf ihm rumzuprügeln suchen. Wir überlassen es getrost den Buchdruckern, die Sache zu prüfen und zu entscheiden, denn für Kinder halten wir sie nicht. —

Jemand, der lesen und denken kann, wird aber das von Kautský Gesagte unmöglich als eine Antwort auf die an ihn gerichtete Frage ansehen. Genosse Kautský schreibt in der von uns in Nr. 17 im Wortlaute wiedergegebenen Erklärung:

„Es ist nicht die Genossin Luxemburg, die dieses Verhältnis untergräbt, sondern es sind jene Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, die sich den Rekhäuser zum Vorbild auserkoren haben. Der bornierte Haß dieser Elemente gegen jede Form der Arbeiterbewegung, die sich ein höheres Ziel setzt als fünf Pfennig mehr Stundenlohn, ist allerdings ein „Uebel“.“

Wir erklärten darauf:

„Wo, Genosse Kautský, sind diese Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, wie heißen sie, in welcher Gewerkschaft sind sie tätig, für welches Gewerkschaftsblatt schreiben sie? Heraus mit der Sprache! Der Satz ist deutlich, — mißverstanden, Genosse Kautský, können Sie nicht sein, also bitte nunmehr den Beweis, wenn diese Erklärung nicht eine Verdächtigung sein soll, die weit über das hinausgeht, dessen sich der Redakteur der „Zeitschrift für Graveure“ schuldig gemacht haben soll.“

Und diese Frage wiederholen wir und bitten nochmals im Interesse der Arbeiterbewegung um eine klare und unzweideutige Antwort.

Sollte Genosse Kautský auch jetzt, nachdem wir zum zweiten Male ihm das vor Augen geführt haben, was er geschrieben hat, die Antwort nicht geben, so hat er damit den Beweis geliefert, daß er nichts als eine Verdächtigung ausgesprochen hat, daß er beabsichtigte, ein Schlagwort zu prägen, um die Empörung der Gewerkschaftsbewegung gegen Gewerkschaftsbeamte hervorzurufen. Erhalten wir die Antwort nicht, so darf Genosse Kautský es uns nicht verübeln, wenn wir in Zukunft alle seine polemischen Äußerungen unter demselben Gesichtspunkt betrachten.

Unsere diesjährige Maiseier

hat nach den übereinstimmenden Mitteilungen der Partei- und Gewerkschaftspresse einen größeren Umfang, als in früheren Jahren (ausgenommen 1904, in dem der 1. Mai ein Sonntag war) erreicht. Das ist wohl zumeist aus den lebhaften Diskussionen, die sich in beiden Reihen der Arbeiterbewegung seit dem Amsterdamer internationalen Kongreß und insbesondere seit dem Kölner Gewerkschaftskongreß an die Durchführung der Maiseier knüpften, zu erklären. Inwieweit diese Diskussionen dazu beigetragen haben, Hunderttausende von Arbeitern, die bisher der Maiseier gegenüber noch gleichgültig oder widerwillig gegenüberstanden, zu opferwilliger Teilnahme zu begeistern, können wir mit diesem Ergebnis wohl zufrieden sein. Es zeigt den herrschenden Klassen, daß die in der Arbeiterbewegung vorhandenen Meinungsverschiedenheiten über die Form der Rundgebung den ernststen Willen der Arbeiterklasse nach wirksamen Reformen selbst nicht berühren und daß über die Notwendigkeit der Demonstration selbst volle Einmütigkeit herrscht. Nicht zu verkennen ist natürlich, daß zu diesem erfreulichen Anwachsen der Maidemonstration auch das Wachstum der Gewerkschaften ein Erhebliches beigetragen hat. Das trifft vor allem auf die Arbeiter der Großbetriebe zu, die Dank ihrer Organisationsfortschritte heuer zum ersten Male in größerem Umfange an die Durchführung der Arbeitsruhe herantreten konnten. Die gewerkschaftlichen Vormittagsversammlungen in Berlin waren wohl doppelt so zahlreich als im Vorjahre besucht. Die seitens der Berliner Gewerkschaftskommission veranstalteten 41 Versammlungen wiesen eine Teilnehmerzahl von zirka 105 000, die vom lokalistischen Gewerkschaftskartell einberufenen 10 Versammlungen eine solche von etwa 10 000 Personen auf. Auch die Versammlungen in den Berliner Vororten, wie in anderen Industriestädten oder -bezirken waren mehr denn je überfüllt. Da diesmal in einer Reihe von Städten eine genauere Kontrolle der Teilnehmer an den während der Arbeitszeit veranstalteten Rundgebungen vorgenommen worden ist, so sehen wir zurzeit davon ab, uns auf die Schätzungsziffern der Tagespresse zu beziehen. Zweifellos ist ein erhebliches Anwachsen der durch Arbeitsruhe befundeten Maidemonstration zu verzeichnen.

Die Gegenmaßnahmen der Unternehmer sind freilich auch nicht ausgeblieben. Es haben in zahlreichen Orten kürzere oder längere Aussperrungen der Feiern stattgefunden, über die wir zum Teil schon berichtet haben.

So wurden in Berlin etwa 16 000 Arbeiter der Metall- und 2000 Arbeiter der Holzindustrie, 600

Kongresse und Generalversammlungen.

Allgemeiner Kongreß der Handelshilfsarbeiter.

Berlin, 16.—18. April 1906.

An dem Kongreß nehmen teil: 177 Delegierte aus 80 Orten, Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Berliner Gewerkschaftskommission, sowie der Verbände der Handlungsgehilfen, der Hafenarbeiter und der Maschinisten und Heizer. Nach den Erfahrungen, die bisher bezüglich der an die Regierung ergangenen Einladungen zu Arbeiterkongressen gemacht wurden, ist davon abgesehen worden, die Regierung zu ersuchen, Vertreter zum Kongreß zu entsenden.

Insgesamt sind auf dem Kongreß 35 000 organisierte Handelshilfsarbeiter vertreten, wovon circa 10 000 lokalen Vereinen und 25 000 dem Verband der Handels- und Transportarbeiter angehören. Von lokalen Vereinen sind Delegierte entsandt: vom „Verein Berliner Hausdiener“ mit 7500 Mitgliedern; von der „Hausdiener, Packer und Geschäftsfutchervereinigung Berlins“ mit 500 Mitgliedern; vom „Verband der Handelshilfsarbeiter Breslau“ mit 200 Mitgliedern; vom „Verein der Hausknechte, Kontorboden und Packer Hamburgs“ mit 1100 Mitgliedern, und vom „Dienerverein Mannheim“ mit 100 Mitgliedern.

Bei Feststellung der Tagesordnung wurde vorgeschlagen, auch den Punkt „Einheitliche Organisation der Handelshilfsarbeiter“ zu behandeln. Da von Vertretern lokaler Organisationen Widerspruch dagegen erhoben wurde, so sah der Kongreß von der Beratung des Gegenstandes ab und wurde gegen Schluß des Kongresses nur die Frage an die Vertreter der lokalen Organisationen gerichtet, ob sie dafür eintreten wollen, daß von der von ihnen vertretenen Organisation Delegierte zu einer vom Vorstand des Handels- und Transportarbeiterverbandes zu berufenden Konferenz, auf der die Organisationsfrage beraten werden soll, entsandt werden. Die Befragten erklärten mehr oder weniger bestimmt, in diesem Sinne wirken zu wollen, und war damit die Angelegenheit für den Kongreß erledigt. Zu der Konferenz sollen auch die lokalen Vereine eingeladen werden, die nicht auf dem Kongreß sich haben vertreten lassen.

Resolutionen wurden dem Kongreß von den Referenten und den Einberufern des Kongresses nicht unterbreitet, sondern es wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, welche die während der Verhandlungen geltend gemachten Forderungen in einer einheitlichen Resolution zusammenstellen und dem Kongreß zum Schluß unterbreiten sollte.

Zur Verhandlung standen die folgenden fünf Tagesordnungspunkte: Die Arbeitsverhältnisse der Handelshilfsarbeiter. Entsprechen die gegenwärtigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe den berechtigten Wünschen der Handelshilfsarbeiter? Der Achtuhrladen- und Geschäftsschluß. Der Sechsuhrpostschluß. Die Unfallversicherung der Handelshilfsarbeiter.

In Referaten, die zu jedem einzelnen Tagesordnungspunkt gehalten wurden, gelang es den Referenten, an der Hand eines reichhaltigen Materials den Nachweis zu führen, daß die Handelshilfsarbeiter in ihrer großen Mehrzahl überaus ungünstige Arbeitsverhältnisse haben und trotzdem von der Gesetz-

gebung, die in andere Berufe eingegriffen hat, nicht berücksichtigt werden. Besonders wurde Klage über die lange Arbeitszeit geführt, die nach einer vom Verband der Handels- und Transportarbeiter aufgenommenen Statistik im Durchschnitt 12,3 Stunden und während der Saison gar 14½ Stunden beträgt. Die Sonntagsruhe gilt für die Handelshilfsarbeiter nur in sehr beschränktem Maße, und die Versuche, durch Meldung bei den Behörden Uebertretungen zur Strafe zu ziehen, hatten wenig Erfolg, weil die Behörden sich größtenteils wenig entgegenkommend zeigten. Gegen Unfall sind nicht alle Handelshilfsarbeiter versichert, weil heute die Unfallversicherung nur für die Betriebe gilt, die in das Handelsregister eingetragen sind und eigene Lagerräume haben. Die Versicherung gegen Unfall für alle Handelshilfsarbeiter ist dringend zu fordern, weil die Unfallgefahr in diesem Berufe eine sehr große ist. Infolge des heutigen späten Postschlusses wird die Arbeitszeit der Handelshilfsarbeiter in ungebührlicher Weise verlängert und wird eine angemessene regelmäßige Arbeitszeit für diese Arbeiter erst mit früherem Postschluß eintreten, wie auch der Achtuhrladenschluß viel dazu beitragen wird, die Arbeitszeit der Handelshilfsarbeiter geregelter zu gestalten.

Die Darlegungen der Referenten wurden wirksam unterstützt durch die Ausführungen der zahlreichen Diskussionsredner. Gestützt auf die tägliche Erfahrung im Berufe, konnten sämtliche Redner nachweisen, daß die von den Handelshilfsarbeitern aufgestellten Forderungen in vollem Maße berechtigt sind.

Diese Forderungen wurden in nachfolgender Resolution von der Redaktionskommission zusammengefaßt:

„In Erwägung, daß die gegenwärtige Dauer der Arbeitszeit der Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe eine die Gesundheit und das Familienleben schwer schädigende ist,

in weiterer Erwägung, daß durch die Unregelmäßigkeit und das lange Hinausschieben des Geschäfts- und Arbeitsschlusses, durch die übliche Sonntagsbeschäftigung, sowie durch den späten Postschalter- schluß der Ausdehnung der Arbeitszeit wesentlicher Vorschub geleistet wird,

in fernerer Erwägung, daß die notorische Unfallhäufigkeit auch in den Kleinbetrieben des Handelsgewerbes, die mangelhaften und unhygienischen Arbeits- und Aufenthaltsräume wesentliche Nachteile für Gesundheit und Leben der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Folge haben,

fordert der Kongreß:

1. Reichsgesetzliche Festlegung einer täglichen Maximalarbeitszeit von 9 Stunden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre und von 8 Stunden für jugendliche Personen bis zu 18 Jahren.
2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmäßige Pausen, von denen die Mittagspause in der Mindestdauer von 2 Stunden festzusetzen ist.
3. Einheitliche gesetzliche Durchführung des Achtuhrladen-, Geschäfts- und Arbeitsschlusses für alle Handelsbetriebe.
4. Generelle Einführung des Sechsuhrpostalterschlusses für das ganze Deutsche Reich.
5. Vollständige Sonntagsruhe für alle kaufmännischen Betriebe.
6. Ausdehnung der Unfallversicherung auf das gesamte Handelsgewerbe.

eigenen Ausführungen Wasners kurz wieder gegeben, und dabei betont, daß nach Berichten der Tagespresse ähnliche Gründe den Genossen Riepeohl zur Aufgabe seines Amtes bewogen haben sollen.

Aber was wollen nun die Genossen im Handschuhmacherverbände, die uns deswegen Vorwürfe machen? Sie wollen lediglich eine alte in allen Organisationen längst abgeschaffte Einrichtung aufrecht erhalten, zu welchem Zweck keinem „Außenstehenden“ ein Wort der Kritik gewährt werden darf. Man sollte aber meinen, daß der Umstand, daß jetzt bereits der zweite Fall eingetreten, wo der Centralvorsitzende des Verbandes sein Amt niederzulegen sich veranlaßt sieht, doch genügen müßte, um jeden davon zu überzeugen, daß bei diesen Einrichtungen ein Haar zu finden ist. Dem Handschuhmacherverbände kann nun gewiß nicht damit gedient sein, daß seine einmal eingearbeiteten Beamten, die doch ein gutes Stück Erfahrung repräsentieren, ihren Verbandsdienst aufgeben müssen. Dies um so mehr, wenn es sich gar um den Verbandsvorsitzenden handelt. Zur Kontrolle der engeren Tätigkeit des Vorsitzenden genügt vollauf der Verbandsvorstand, und über seine allgemeine Tätigkeit hat er doch der Generalversammlung Rede und Antwort zu stehen, von der auch seine ev. Wiederwahl abhängig sein muß. Das ist die Praxis, die sich in allen Organisationen bewährt hat, die auch einzig mögliche Praxis, will man die Verbandsstellung nicht zu einem Taubenschlage machen.

Die Grundsätze der Demokratie werden durch diese Praxis nun in keinerlei Weise verletzt. Im Gegenteil; ihnen ist vollständig Rechnung getragen. Dagegen wird durch die Praxis im Handschuhmacherverbände nur die Organisation und damit die Arbeiter des Berufes geschädigt, indem ihre besten und bewährtesten Kräfte nicht die geringste Gewähr dafür haben, daß ihnen nicht plötzlich nach einem verlorenen Streik oder dergleichen die Schuld — es braucht gar nicht etwa böser Wille einzelner Personen vorausgesetzt zu werden — in die Schuhe geschoben wird und sie vor die Vertrauensfrage gestellt werden. Die Verhältnisse können dann — und sie sind es in der Regel — derartig sein, daß der betreffende Beamte im Interesse des Verbandes gar nicht die ganze Sachlage in voller Öffentlichkeit aufrollen kann, was aber zu seiner Rechtfertigung notwendig wäre. In mündlicher Verhandlung vor dem Forum des Verbandstages liegt die Sache ganz anders; dort kann in schwerwiegenden Fällen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, dort haben die Delegierten der Mitglieder zu entscheiden. Eine Entscheidung, die vollauf genügende Gewähr für ihre Objektivität bietet und gerade in objektiver Beziehung übrigens der Entscheidung durch Urabstimmung vorzuziehen ist.

Uebrigens: glauben unsere Kritiker im „Handschuhmacher“, daß der jetzige Wahlmodus im Handschuhmacherverband ein in irgend einer Beziehung für den Verband nützlicher ist? Sie weisen auf die Reichstagswahlen hin. Mit Unrecht. Im „Handschuhmacher“ sind seit Wochen die Spalten mit Wahlreklamen für die einzelnen Kandidaten ausgefüllt. Jede Zahlstelle, die Kandidaten aufgestellt hat, plädiert für die Wahl gerade ihres Kandidaten, der all die erforderlichen Fähigkeiten mitbringt. Ja sogar einzelnen Mitgliedern steht ein derartiges Plaidoyer zu: wählt A, wählt B, wählt C usw., der und der ist unser Mann, der kann das machen. Demgegenüber ist doch in unserem

Lager wirklich der Hinweis auf die Reichstagswahlen deplaziert. Es ist bei den deutschen Arbeitern, die in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung erblicken, niemals Sitte gewesen, die besonderen persönlichen Vorzüge ihrer Kandidaten bei den Reichstagswahlen gleich Ausrufern auf öffentlichem Markte anzupreisen, sondern es herrscht hier die gute demokratische Sitte, das Programm der Partei als einzigen Maßstab bei der Wahlagitation zu benutzen. Davon kann aber doch in einer Gewerkschaft nicht die Rede sein, wo alle gleiche Ziele, gleiche Interessen haben.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes beruft den 8. ordentlichen Verbandstag auf den 5. August nach Leipzig ein. Gleichzeitig setzt der Vorstand die Delegiertenwahlen einheitlich auf Sonntag, den 10. Juni fest.

Die Konditoren bereiten in Berlin eine Lohnbewegung, besonders zur Beseitigung des Kost- und Logiszwangs, vor.

Zum 1. Mai erfuchen verschiedene Verbandsorgane, so „Die Ameise“ des Porzellanarbeiterverbandes, „Der Vereinsanzeiger“, Organ der Malerorganisation, die Vorsitzenden der Verbandsfilialen, den Redaktionen sofort Mitteilung von der Teilnahme der Verbandsmitglieder an der Maifeier zu unterrichten. Besonders soll der Umfang der Arbeitsruhe festgestellt werden in den Filialen, wo bereits der Beschluß gefaßt war, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen.

Die hier gegebene Anregung ist gewiß nicht von der Hand zu weisen, falls die Feststellung einheitlich veranstaltet wird. In Dänemark führen beispielsweise die Gewerkschaften seit 1902 eine fortlaufende Statistik über die Beteiligung an der Maifeier, worin sowohl die Zahl der Teilnehmer in den am Tage stattfindenden Versammlungen und Umzügen, als die Zahl der Teilnehmer an Abendversammlungen festgestellt wird.

Der Jahresbericht des Maurerverbandes, der in Nr. 17 des „Grundstein“ veröffentlicht wurde, bietet wiederum ein äußerst reichhaltiges Bild der vorjährigen Verbandstätigkeit. Die Mitgliederzahl stieg von 124 113 im ersten Quartal auf 158 680 im vierten Quartal 1905. Die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1905 betrug 155 911 oder 27 061 mehr als im Jahre 1904. Die Zahl der Filialen stieg im Berichtsjahre von 914 auf 956. Die Einnahmen des Verbandes bezifferten sich auf 3 126 826,12 Mk.; der Vermögensbestand betrug am Jahresschluß 1905 2 732 466,93 Mk. oder pro Kopf der Mitglieder 17,52 Mk. gegen 16,23 Mk. im Jahre 1904 und 15,92 Mk. im Jahre 1903, trotz der heftigen Kämpfe also eine stetige Zunahme. Die Ausgaben für Streiks hatten sich im Berichtsjahre um etwas vermindert gegenüber 1905; sie betrugen 1905 971 576 Mk. gegen 1 007 463 Mk. im Jahre 1904. Pro Kopf der Mitglieder belief sich die Ausgabe für Streiks 1904 7,82 Mk., 1905 6,23 Mk. Das Verbandsorgan erforderte eine Aufwendung von 169 898,69 Mk. oder pro Kopf der Mitglieder 1,09 Mk. Für Agitation wurde verausgabt 109 220,95 Mk. (pro Kopf 75 Pf. gegen 83 Pf. im Jahre 1904). Insgesamt betrugen die Ausgaben der Hauptklasse, pro Kopf 10,98 Mk., wozu noch eine Ausgabe der Lokalklassen von 5,05 Mk. pro Kopf der Mitglieder kommt.

Eine erste Konferenz der Seidenarbeiter, vom Textilarbeiterverband einberufen, findet am 24. Mai in Basel statt.

Kind. Die Streikunterstützung gilt vom ersten Tage ab, aber sie wird nur bei Streiks von längerer als dreitägiger Dauer gezahlt.

In der Debatte über diesen Entwurf wenden sich die meisten Redner gegen die Staffellung der Streikunterstützung; namentlich die unterste Staffel wird scharf bekämpft. Mit Freuden begrüßt man dagegen die Absicht des Vorstandes, die Lohnverhältnisse in der Provinz zu heben. Der Vertreter des Portefeuillerverbandes wünscht eine präzisere Fassung des zwischen beiden Verbänden bestehenden Gegenseitigkeitsvertrages, namentlich hinsichtlich der Lohn- und Tarifbewegungen.

Auch der Vertreter der skandinavischen Organisation wünscht den Abschluß eines Kartellvertrages für Lohnbewegungen und deren Unterstützung.

Schließlich werden die vom Vorstände vorge schlagenen allgemeinen Verhaltensmaßregeln angenommen, ebenso ein Antrag, der auch bei Tarif fündigungen eine Zweidrittelmehrheit und geheime Abstimmung verlangt.

Die Bestimmung des alten Streikreglements, wonach die Genehmigung von Angriffstreiks nur erfolgt, wenn $\frac{1}{2}$ aller in Betracht kommenden mindestens $\frac{1}{2}$ Jahr dem Verbands angehören und bei Abwehrstreiks mindestens die Hälfte der Kollegen $\frac{1}{2}$ Jahr organisiert sein muß, wird trotz lebhaften Widerspruches des Verbandsvorsitzenden gestrichen. In der ziemlich erregten Debatte wird der Antrag von einzelnen Rednern als ein Hemmschuh für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Bezüglich der Streikunterstützung wird dahin entschieden, daß dieselbe in drei Staffeln eingeteilt wird. Der Antrag des Vorstandes wird sodann mit folgenden Änderungen angenommen: Nach 13wöchiger Mitgliedschaft erhalten Verheiratete 12 Mk., Unverheiratete 10 Mk., weibliche 7 Mk.; bei kürzerer Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung 9 bzw. 6 Mk. Ein Antrag Leipzig: bei Streiks und Aussperrungen politischer Natur, sowie durch die Meiseier entstehende Konflikte kommen die Bestimmungen des Streikreglements nicht in Betracht, wird nach langer Debatte abgelehnt. Bei Aussperrungen infolge der Meiseier und sonstiger Aussperrungen gelten die Bestimmungen über Abwehrstreiks.

Das Referat über Agitation und Gauleitung empfiehlt angesichts der bisherigen Erfahrungen die Anstellung eines Gauleiters für Mitteldeutschland; auch für Süddeutschland sei die Anstellung eines Gauleiters und für Offenbach die eines Lokalbeamten erforderlich. Die meisten Redner nehmen indes einen ablehnenden Standpunkt ein. In namentlicher Abstimmung wird die Anstellung eines Gauleiters für Mitteldeutschland mit 21 gegen 16 Stimmen abgelehnt, die des Lokalbeamten für Offenbach dagegen genehmigt. Der Vorstand wird mit einer Neueinteilung der Gaue beauftragt und erhält das Recht, eventuell nach Ablauf eines Jahres weitere agitatorische Kräfte anzustellen.

Ueber die Abhaltung besonderer Branchenkongressen entscheidet künftig der Centralvorstand. Andere Funktionäre haben zu solchen Veranstaltungen nicht das Recht.

Die Gauleiter sollen sich bei Lohnbewegungen mit den etwa bestehenden Tarif- bzw. Spezialkommissionen der einzelnen Branchen in Verbindung setzen. Die Entschädigung der nicht besoldeten Gauleiter wird auf 15 Mk. pro Monat festgesetzt; außerdem erhalten dieselben natürlich bei Reisen Ersatz des entgangenen Arbeitsverdienstes usw. An die Gauleiter sind von jeder Beitragsmarke $2\frac{1}{2}$ Pf. abzuführen.

Es folgt die Beratung des Statuts. In der Einleitung dazu bemerkt der Sekretär Blum, daß die gewünschten und teilweise schon beschlossenen Unterstützungserhöhungen nur bei Beitragserhöhung um 5 Pf. wöchentlich durchführbar sind. Die meisten Redner sprechen für die Beitragserhöhung, da vielfach mit den Lokalbeiträgen schon der geforderte Beitrag und mehr gezahlt wird. Der Vorstandsantrag sieht für männliche Mitglieder 45 Pf., für weibliche 30 Pf. vor. Ein Antrag Nürnberg fordert 50 Pf. Beitrag für männliche Mitglieder. In der Abstimmung wird der Antrag des Vorstandes, soweit es sich um männliche Mitglieder handelt, mit 21 gegen 16 Stimmen angenommen, die Erhöhung für weibliche Mitglieder mit großer Mehrheit abgelehnt.

In außerordentlichen Fällen kann vom Centralvorstand und Ausschuß die Erhebung von Extrabeiträgen angeordnet werden und sind solche Anordnungen für alle Mitglieder bindend.

Falls eine dauernde Erhöhung der Beiträge nötig wird, hat der Centralvorstand und Ausschuß das Recht, eine solche durch Abstimmung herbeizuführen.

Aus der weiteren Beratung des Statuts ist von Interesse, daß im ersten Jahre der Mitgliedschaft nur Karten ausgestellt werden. Die bezüglich des Uebertritts von Mitgliedern anderer Organisationen geltenden Bestimmungen des Statuts haben auch Geltung für die Mitglieder der christlichen und Hirsch-Dunderschen Organisationen.

Der Vorstand beantragt weiter, die bisherige Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in eine einheitliche Erwerbsunterstützung umzuwandeln, die nach einjähriger Karenzzeit einzutreten hat. Bisher betrug die Karenzzeit für die Krankenunterstützung 156 Wochen. Die Reiseunterstützung soll nicht mehr nach Kilometern, sondern tageweise ausbezahlt werden, und zwar wird dieselbe in die Erwerbslosenunterstützung eingerechnet. Dieselbe beträgt: Nach 52 Wochen Mitgliedschaft (pro Tag 1 Mk.) im Höchstfalle 42 Mk., nach 156 Wochen 52 Mk., nach 260 Wochen 63 Mk. Eine Anregung der ausländischen Vertreter, für übertretende Mitglieder die Karenzzeit für Reiseunterstützung herabzusetzen, wurde abgelehnt mit der Motivierung, daß die deutschen Kollegen auf diese Unterstützung nicht so hohen Wert legen, um deshalb Ausnahmen zu schaffen. In der Diskussion über die Krankenunterstützung wird mehrfach betont, daß dieselbe so ausgebaut werden müsse, um im Falle der Auflösung der Freien Hilfskasse, die infolge des bekannten Gesetzentwurfes zu befürchten sei, die Funktionen derselben ohne weiteres übernehmen zu können. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung einer einheitlichen Erwerbslosenunterstützung. Alle Anträge auf Herabsetzung der Karenzzeit werden ebenfalls abgelehnt, nur Ausgelernte, welche vier Wochen nach beendeter Lehrzeit eintreten, können schon nach 13wöchiger Mitgliedschaft Reiseunterstützung bis zu 18 Tagen erhalten. Auch bei Streiks usw. kann die Karenzzeit herabgesetzt werden. Zu reisende, welche ein Stellenangebot in der Tasche haben, sollen eine Reiseunterstützung nicht erhalten. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt auf die Zeitdauer innerhalb eines Jahres, mit Einschluß der in den letzten 52 Wochen erhaltenen Reise- und Krankenunterstützung nach Entrichtung der für diese Zeit fälligen Beiträge, bei einer Mitgliedsdauer von

Wochen	pro Tag	auf die Dauer	pro Woche
	Markt	Tagen	Markt
52	1,—	42	7,—
156	1,25	42	8,75
260	1,50	42	10,50

7. Erlaß von Vorschriften betreffs der hygienischen Beschaffenheit der Arbeits- und Aufenthaltsräume.
8. Verbot des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber.
9. Verbot der Verwendung jugendlicher Arbeiter unter 21 Jahren als Transportradfahrer.
10. Errichtung von Handelsinspektoraten analog der Fabrikinspektion unter Hinzuziehung von im Beruf erfahrenen Arbeitern als Assistenten.
11. Ausdehnung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts auf die jugendlichen Handelshilfsarbeiter und Arbeiterinnen."

Die Resolution wurde von dem Kongreß in ihren einzelnen Teilen und schließlich auch in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses erledigt, und er wurde, nachdem das Bureau den Auftrag erhalten hatte, die gestellten Forderungen der Regierung zu übermitteln, geschlossen mit dem Wunsch, daß die Handelshilfsarbeiter bald so einig in bezug auf ihre Organisation werden mögen, wie sie einig und geschlossen auf dem Kongreß auftraten.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Sattler.

Dresden, 16. bis 19. April.

Anwesend sind 37 Delegierte und je ein Vertreter des Vorstandes und Ausschusses; der Vorsitzende Sassenbach ist durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Weiter sind anwesend je ein Vertreter der belgischen, dänischen, österreichischen und schweizerischen Sattlerorganisation und der Vorsitzende des Portefeuilleverbandes. Der gedruckt vorliegende Bericht des Vorstandes verzeichnet einen größeren Fortschritt des Verbandes als je zuvor; sowohl organisatorisch als in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind namhafte Erfolge erzielt. Aus einer Uebersicht über die Kassenverhältnisse ergibt sich, daß der Vermögensbestand des Verbandes seit dem Jahre 1903 (bis Jahreschluß 1905) von 7,82 Mt. auf 12,83 Mt. pro Kopf der Mitglieder gestiegen ist. Im Jahre 1889 betrug derselbe nur 0,4 Pf. pro Kopf! Die Zahl der Zahlstellen stieg seit 1889 bis 1903 von 10 auf 63 und betrug ult. 1905 84; der durchschnittliche Mitgliederbestand stieg in derselben Zeit von 950 auf 3625 bzw. 5412. Die Fluktuation ist noch ungemein stark; die Neuaufnahmen in den letzten drei Jahren beliefen sich auf 7667, von denen jedoch 5628 wieder ausschieden. Die auf dem letzten Verbandstage geschaffene Gaueinteilung hat sich bewährt. Ueber Art, Umfang und Verlauf der stattgefundenen Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen gibt nachstehende Aufstellung Aufschluß:

Jahr	Art der Bewegung	Zahl der Streiks	Beteiligung	Dauer in Tagen	Verlauf		
					mit Erfolg	teilw. Erfolg	erfolglos
1903	Angriffstreiks	4	146	95	2	—	2
	Abwehrstreiks	8	89	80	7	—	1
1904	Angriffstreiks	3	21	18	3	—	—
	Abwehrstreiks	6	95	94	3	2	1
1905	Angriffstreiks	15	585	273	9	3	3
	Abwehrstreiks	8	74	239	2	—	6
	Aussperrungen	5	107	165	—	4	1
Zusammen . . .		49	1117	964	26	9	14

Nr. 19

Die Streiks und Aussperrungen verursachten einen Gesamtverlust von 13 970 Arbeitstagen und 55 688 Mt. Arbeitsverdienst. Der Verband hat für den Kampf um eine höhere Lebenshaltung der Berufsangehörigen in der Berichtsperiode den Betrag von 33 622 Mt. ausgegeben. Auch fanden zahlreiche erfolgreiche Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung statt. Da im Sattlergewerbe die Erstarkung der beiderseitigen Organisationen fortschreitet, so dürfte es nach und nach dazu kommen, daß beide Parteien den Weg der Verständigung dem offenen Kampfe vorziehen.

Die Einnahmen des Verbandes in den drei Berichtsjahren betragen: Eintrittsgelder 3743,50 Mt., Beiträge 230 212,90 Mt., Fachorgan 1738,81 Mt., Sonstiges 5776,85 Mt., Gesamteinnahme 241 472 Mt.; Ausgaben: Agitation 17 111,79 Mt., Fachorgan 15 086 Mt., Verwaltungskosten der Zahlstellen 46 836 Mt., desgleichen der Hauptverwaltung und sächliche 7620 Mt., desgleichen persönliche 7455 Mt., Streifunterstützung einschl. an andere Organisationen 35 578 Mt., Reiseunterstützung 7170 Mt., Arbeitslosenunterstützung 10 540 Mt., Krankenunterstützung 10 272 Mt., Sterbeunterstützung 6325 Mt., Gemäßigtenunterstützung 5972 Mt., Umzugsunterstützung 1594 Mt., Notfallsunterstützung 868 Mt., Rechtsschutz 1175 Mt., Generalversammlungen 4195 Mt., Sonstiges 5496 Mt., Gesamtausgaben 183 295 Mt.

Der Ausschuß und Verbandsvorstand haben aus eigener Initiative einen Gauleiter für Rheinland-Westfalen angestellt; derselbe hat sich bewährt. Beide Körperschaften halten die Anstellung weiterer Gauleiter, sowie eines zweiten Beamten im Hauptvorstande für dringend erforderlich.

Gegen den nicht vertretenen Verband der Tapezierer wird Klage erhoben, daß derselbe den Kartellvertrag nicht genügend beachtet.

Der Bericht des Ausschusses teilt mit, daß letzterer in seiner Eigenschaft als Preßkommission sich mit einem Artikel des Fachorgans über den „Vorwärts“-Konflikt beschäftigt und sich dabei auf einen entgegengesetzten Standpunkt gestellt habe.

In der Diskussion über den Bericht des Vorstandes wurde das Fortschreiten der Organisation und der Anteil des Vorstandes an demselben allgemein anerkannt und grundsätzliche Einwendungen nicht erhoben. Hinsichtlich des Artikels über den „Vorwärts“-Konflikt stellen sich mehrere Redner auf den vom Ausschuß eingenommenen Standpunkt, von einigen anderen Rednern wird der vom Redakteur eingenommene Standpunkt bedingt verteidigt. Es wird sodann den Verbandsfunktionären einstimmig Decharge erteilt.

Ueber Lohnbewegungen und Streiks referiert der Sekretär. Vorstand und Ausschuß haben hierzu ein neues erweitertes Streifreglement vorgelegt. Nach demselben bedürfen Sperren und Arbeitseinstellungen der Genehmigung des Zentralvorstandes. Vorbedingung der Genehmigung ist eine geheime Abstimmung, in der sich vier Fünftel der Mitglieder für den Streik erklärten. Die Streifunterstützung soll nach 26wöchiger Mitgliedschaft 15 Mt. für Verheiratete, 13 Mt. für Ledige und 8 Mt. für weibliche Mitglieder, nach 13wöchiger Mitgliedschaft 9 Mt. für männliche und 6 Mt. für weibliche Mitglieder, nach kürzerer Mitgliedschaft 6 bzw. 4,50 Mt. betragen. Familienväter erhalten für jedes Kind 1 Mt. Zuschuß (bis fünf) pro Woche, alleinstehende weibliche Mitglieder als Mütter 10 Mark Unterstützung und den gleichen Zuschuß pro

2233,48 Mk. Rechtschutz, 8323,22 Mk. Reiseunterstützung, 4500 Mk. Sterbeunterstützung, 18 305,03 Mk. für das Organ „Der Stukkateur“. An Kassenbestand war am Schlusse des Jahres 1905 81 838,26 Mk. vorhanden.

Das Verbandsorgan „Der Stukkateur“ hat eine Auflage von rund 10 000 Exemplaren.

Lohnbewegungen fanden in 57 Filialen statt, in diesen waren 6763 Mitglieder, in 32 Filialen mit 4397 Mitgliedern mußten die Forderungen durch Streik erkämpft werden. Erreicht wurde in 25 Filialen mit 27 443 Mitgliedern ein Stundenlohnaufschlag von 2 bis 5 Pf., in 7 Filialen mit 2372 Mitgliedern 6 bis 7½ Pf., in 4 Filialen mit 316 Mitgliedern 8 bis 16 Pf. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 8½ bis 11 Stunden. In 5 Orten mit 527 Mitgliedern ist die Arbeitszeit sogar noch 11 bis 18 Stunden.

Die Berichte der Revisoren und des Ausschusses lagen ebenfalls gedruckt vor und zeigen nichts besonders Erwähnenswertes.

Der Verbandstag in Köln hatte dem Verbandsvorstand den Auftrag erteilt, mit dem Maurerverbandsvorstand einen Kartellvertrag abzuschließen. Das ist aus verschiedenen Gründen unterblieben und führte zu lebhaften Debatten.

Der anwesende Genosse Bömelburg zeigte in längeren Ausführungen die vielfachen Berührungspunkte beider Organisationen, und diese können bei Streiks recht eigenartige Zustände zeitigen. Wenn man schon eine Verschmelzung, was nach seiner Ansicht das Richtige wäre, nicht wolle, so müsse man doch wenigstens einen Kartellvertrag abschließen.

Die fernere Diskussion zeigte dann auch, daß tatsächlich an verschiedenen Orten bei Streiks unheimliche Verhältnisse schon eingegriffen waren. Diese Diskussion veranlaßte den Vertreter der Generalkommission, der Verschmelzung das Wort zu reden oder vorläufig einen Vertrag zu empfehlen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die ganze wirtschaftliche Entwicklung des Bauhandwerkes sowie der Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände in diesem Berufe erfordert immer mehr die Anbahnung eines engeren Anschlusses an die uns verwandte Organisation der Maurer.“

Der fünfte Verbandstag der Stukkateure Deutschlands beauftragt deshalb den Hauptvorstand, in absehbarer Zeit mit dem Vorstand des Maurerverbandes Uebertrittsbedingungen zu vereinbaren, welche auf dem Boden der möglichsten Wahrung engerer Berufsinteressen (durch Sektionsbildung) die Verschmelzung mit dem Maurerverband vorsieht. Diese Vorlage ist unseren Mitgliedern in Form einer Urabstimmung zu unterbreiten und verpflichten sich die Delegierten, für Klärung der Sachlage in ihren Filialen zu wirken.“

Unter demselben Punkt wurde auch der Bericht über den Kölner Gewerkschaftskongreß entgegengenommen.

Das Resultat war die Annahme einer Resolution, in der sich der Verbandstag nicht ganz mit der Behandlung der Generalkonferenzfrage und Maifeierfrage einverstanden erklärte.

Bei dem folgenden Punkt, die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks, wurden allgemeine Grundsätze in das Statut aufgenommen und der Centralvorstand beauftragt, sofort einzugreifen, ehe überhaupt eine Lohnbewegung im Gange ist. Differenzen zwischen dem Bildhauerverband und den Stukkateuren wurden durch eine Resolution, in der Leisätze nieder-

gelegt sind zur Schaffung von lokalen Kartellverträgen, geregelt.

Bei Abschluß von Tarifverträgen soll auf möglichste Einführung von Lohnarbeit und Beseitigung der Akkordarbeit gesehen werden.

Zum Punkt „Erweiterungen der Unterstützungs-einrichtungen“ lagen zwei ausgearbeitete Projekte des Vorstandes vor, und zwar für die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung.

Leider lehnte die Generalversammlung sowohl die Entwürfe wie die Einführung beider Unterstützungsarten ab.

Eine Resolution wurde angenommen, in der die Arbeitslosenunterstützung zwar prinzipiell anerkannt wurde, jedoch sei die Einführung zurzeit zu gefährlich. Eine energische Agitation solle entfaltet werden, damit die Unterstützung in absehbarer Zeit eingeführt werden könne.

Die Erhöhung der Sterbeunterstützung wurde abgelehnt.

Bei der Statutenberatung wurde eine Beitragserhöhung nicht beschlossen. Der Beitrag blieb 50 Pf. Der Hauptvorstand soll aber in Zukunft statt 65 Proz. 80 Proz. von der örtlichen Einnahme erhalten.

Die Kilometergelder wurden bei der Reiseunterstützung von 1½ Pf. auf 2 Pf. erhöht.

Bei der Wahl der Verbandsbeamten wurde der Vorschlag gemacht, besoldete Gauleiter anzustellen. Der Einwand, daß der Verband zu schwach sei, um diese Einrichtung durchzuführen, erwies sich als stichhaltig.

Es wurden dann statt eines besoldeten deren drei im Hauptvorstand angestellt, und zwar der bisherige Vorsitzende Odenthal, ferner Thielberg-Hamburg und Siebler-Berlin.

Als Anfangsgehalt wurden 2000 Mk. und als vorläufiges Höchstgehalt 2500 Mk. festgesetzt.

Der nächste Verbandstag findet in Nürnberg statt.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit den ausländischen Bruderorganisationen Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Die Aussperrung der Metallarbeiter in der Kreishauptmannschaft Dresden nimmt neuerdings noch schroffere Formen an. Bekanntlich schien es in voriger Woche, als würde eine Einigung erzielt werden können, nachdem die Gießereiarbeiter beschloßen hatten, im Interesse eines Friedensschlusses einzelne ihrer Forderungen zurückzuziehen, falls dagegen die Unternehmer einigen bezüglich der von ihnen gemachten Vorschläge und Wünschen der Arbeiter entgegenkommen würden. Inzwischen fand die Sitzung des Metallindustriellenverbandes in Berlin statt und am Freitag, den 5. Mai, erhielten die Aussperrten in Dresden auf ihr Entgegenkommen eine Antwort, die eine der schamlosesten in der langen Kette der Provokationen seitens der Unternehmer der Metallindustrie ist. Den Dresdener Unternehmern ist anscheinend nach der Berliner Sitzung der Kammern mächtig geschwollen. Sie verlangen von den Aussperrten den bedingungslosen Rücktritt in die alte Sklaverei. Folgende Bedingungen, die sie stellen, besagen genug:

Einzelmitglieder erhalten diese Unterstützung nur, wenn dieselben verheiratet oder sonst an den Ort gebunden sind. Wer infolge Eintretens für die Zwecke des Verbandes arbeitslos wird, kann eventuell von der Zurücklegung der Karenzzeit befreit werden.

Weibliche Mitglieder, in Heimarbeit beschäftigt, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Dieser Antrag gelangte gegen eine erhebliche Minderheit zur Annahme.

Die Krankenunterstützung, beginnend nach zweijähriger Mitgliedschaft, wird nach denselben Sätzen wie die Arbeitslosenunterstützung geregelt. An der Sterbeunterstützung wird nichts geändert. Die Gemahregeltenunterstützung wird gemäß den Sätzen der Streikunterstützung geregelt. Die Höhe der Umzugsunterstützung bleibt unverändert, die diesbezüglichen Bestimmungen werden jedoch näher präzisiert. Ein Antrag „Unterstützungen in besonderen Notfällen“ nicht mehr zu gewähren, wird vom Vorstand bekämpft und abgelehnt, ebenso ein Antrag, den Rechtsschutz auf gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Invaliditäts-, Altersversicherungsklagen und Klagen aus § 153 auszuweihen. Beschlossen wird, daß auf die Leistungen des Verbandes ein klagbares Recht nicht besteht.

Mitglieder, die dauernd erwerbsunfähig (invalid) werden und dem Verbandsverbande mindestens drei Jahre angehören, haben einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. zu leisten. Sie erhalten dafür das Verbandsorgan und die Beerdigungsbeihilfe. Tritt die dauernde Erwerbsunfähigkeit durch unvorhergesehene Fälle ein (Krankheit, Unfall), so fällt die Karenzzeit von drei Jahren weg.

Ein Antrag, daß die Mitglieder des Centralvorstandes und Ausschusses sonstige Ämter im Verbandsverbande in der Regel nicht bekleiden sollen, wird nach längerer Debatte abgelehnt. Die Bestimmungen über die Geschäftsführung in den örtlichen Verwaltungen erhalten eine präzisere Fassung. Die Zahl der auf einen Delegierten zur Generalversammlung entfallenden Mitglieder wird von 100—125 auf 150—175 erhöht. Die Wahl des zweiten Vorsitzenden findet auf dem Verbandstage statt. Das neue Statut soll am 1. Juli in Kraft treten. Der Punkt: Errichtung eines Centralarbeitsnachweises wird von der Tagesordnung abgesetzt. Zur Delegation für den nächsten Gewerkschaftskongress hat der Centralvorstand und die Filiale des Kongressortes je einen Vertreter zu wählen. Die zur Vorbereitung der Wahl der Verbandsleitung eingesetzte Kommission schlägt die Wahl von zwei angestellten Beamten vor. An Gehalt sollen beziehen: der Vorsitzende, der zugleich Redakteur ist, 2400 Mk., der Hauptkassierer 2000 Mk., letzteres steigend jährlich um 100 Mk., Gauleiter 1800 Mk. Diese Vorschläge werden angenommen. Als Vorsitzender bzw. Redakteur wird Blum gewählt, als zweiter Vorsitzender (unbesoldet) Sassenbach, Kassierer Müntner-Berlin. Angenommen wird ein Antrag, daß anzustellende Verbandsbeamte mindestens drei Jahre politisch und fünf Jahre gewerkschaftlich organisiert sein müssen. Als Ausschussvorsitzender wird Gadelbusch-Berlin wiedergewählt. Der Centralvorstand wird beauftragt, jährlich eine Agitationsnummer des Fachorgans herauszugeben. Eine Anzahl Anträge, welche sich auf die Verschmelzung mit anderen Verbänden beziehen, werden abgelehnt. Nur mit dem Portefeuille-Verbande soll ein engeres Zusammengehen und eventuell spätere Verschmelzung angebahnt werden. Die nächste Generalversammlung soll in Köln stattfinden. Die Diäten bei Delegationen usw.

werden auf 8 Mk. pro Tag festgesetzt einschließlich Ueberrachten, ohne letzteres 6 Mk.; außerdem wird für entgangenen Arbeitsverdienst der wirkliche Verlust, mindestens jedoch 5 Mk. pro Tag, erstattet. Den Vorstände wird anheimgestellt, im Jahre 1908 eine statistische Aufnahme über die Erwerbsverhältnisse sowie eine Wohnungs-Enquete zu veranstalten.

Auf eine Anfrage der schweizerischen Sattlerorganisation wird beschloffen, derselben auch fernerhin das Fachorgan zur Verfügung zu stellen. Ein Wunsch der belgischen Organisation, Artikel in französischer Sprache im deutschen Fachorgan zu bringen, muß abgelehnt werden. Im Anschluß an die Generalversammlung findet eine internationale Konferenz und eine Konferenz der Reiseeffektenarbeiter statt. Die Verhandlungen der Generalversammlung haben damit ihren Abschluß erreicht.

Fünfter Verbandstag der Stuckateure, Gipser, Pliefterer und verwandten Berufsgenossen.

Leipzig, vom 16. bis 21. April 1906.

Anwesend waren 34 Delegierte, drei Vertreter des Centralvorstandes, ein Vertreter des Ausschusses und je ein Vertreter des Bildhauerverbandes, Maurerverbandes und der Generalkommission.

Der Vorsitzende Odenthal eröffnete den Verbandstag und ergänzte den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht. Der Bericht umfaßt 2½ Jahre, und zwar vom dritten Quartal 1903 ab bis zum vierten Quartal 1905. Abgesehen von einzelnen Orten, wie beispielsweise Dresden und München, war die Konjunktur während dieser Zeit sehr günstig. Dies zeigt auch der Mitgliederzuwachs. Es haben volle Beiträge gezahlt laut drittem Quartal 1903 3957, im vierten Quartal 1904 5449 und am Schlusse des Jahres 1905 7402 Mitglieder. Das ist eine Zunahme von 3684. Die Zahl der Filialen stieg von 54 auf 95.

Die Fluktuation ist aber, der Mitgliederzahl gegenüber, eine recht bedeutende, es sind 9259 Mitglieder beigetreten, davon sind 3684 geblieben, danach sind also 5575 durchmarschiert.

Der Kölner Verbandstag, im Jahre 1903, hatte beschloffen, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung von einer Urabstimmung abhängig zu machen.

Die Urabstimmung ergab die vollständige Ablehnung der Vorlage. Es beteiligten sich an derselben 3332 Kollegen. Von den Abstimmenden erklärte sich nur ein geringer Bruchteil, 581 oder 18 Proz., für die Arbeitslosenunterstützung, während 63 oder 1¼ Proz. teils ungünstige, teils unbeschriebene Karten abgegeben hatten. Die übergroße Mehrzahl, 2688 Kollegen oder 80 Proz., stimmten gegen das Projekt.

In Rheinland und Westfalen hatte der Verband schwer zu kämpfen gegen die Quertreibereien und Zersplitterungsversuche der „Christlichen“.

Weiter sagt der Berichterstatter, daß hinsichtlich der Agitation mehr getan werden müsse, bis jetzt wäre pro Kopf nur 58 Pf. in den zehn Quartalen ausgegeben worden, das sei anderen Verbänden gegenüber zu wenig.

Der Kassenbericht umfaßt den gleichen Zeitraum und balanziert in der Höhe von 239 724,30 Mark inklusive des Kassenbestandes von 9566,56 Mk. vom dritten Quartal 1903.

Die Ausgabe betrug 157 886,04 Mk. Darunter sind nachstehende Posten: 74 285,82 Mk. Streikunterstützung, 1040,56 Mk. Gemahregeltenunterstützung.

„Vorbedingung für eine Einigung ist die Beilegung sämtlicher Ausstände in den Verbandsbetrieben der Verbände Dresden, Hannover, Braunschweig und Breslau und eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit auch von seiten der ausgesperrten Arbeiter, soweit diese bei der Einstellung berücksichtigt werden können.

Im weiteren hängt die Dauer einer abgeschlossenen Einigung davon ab, daß auf keinerlei Weise Arbeitswillige innerhalb oder außerhalb der Betriebe gestört oder belästigt werden. Verstöße nach dieser Richtung können mit sofortiger Entlassung geahndet werden und bedeuten keine Maßregelung.

Wiedereinstellung von Arbeitern kann nur nach Maßgabe der Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen.

Maßregelungen sollen nicht stattfinden, jedoch soll Nichtwiederaufnahme von Arbeitern nicht als Maßregelung betrachtet werden.“

Die Unternehmer verlangen also nichts weniger, als daß die von ihnen gegen ihren Willen auf die Straße geworfenen Arbeiter nunmehr ihr Einverständnis damit bekunden sollen, daß sie dauernd brotlos gemacht werden. Nicht nur die Streikenden sollen bedingungslos die Arbeit aufnehmen, sollen ihren Kampf um bessere Löhne aufgeben, in dieser Schlacht sich für besiegt erklären, eine solche Forderung wäre noch zu vornehm gewesen, sondern selbst die Ausgesperrten, die mit der Sache an sich nichts zu tun hatten, sondern von den Unternehmern einfach auf die Straße gesetzt wurden, sollen bedingungslos die „Arbeit aufnehmen“, d. h. soweit sie von den Unternehmern wieder eingestellt werden. Sie sollen sogar die Nichtwiedereinstellung nicht als Maßregelung betrachten dürfen, sondern als eine weiße Anordnung der um das Wohl der deutschen Arbeiter so sehr besorgten Unternehmer.

Andererseits hat diese Antwort der Unternehmer eine weitgehende prinzipielle Bedeutung. Sie verschiebt das Gebiet des Dresdener Kampfes auf ganz Deutschland, indem sie die Forderung aufstellt, daß auch die Ausgesperrten in Hannover, Braunschweig und Breslau ebenfalls sich bedingungslos unterwerfen sollen. Was geschehen soll, falls dies nicht geschieht — und es wird nicht geschehen —, darüber schweigen sich die Dresdener Unternehmer aus. Aber der Metallindustriellenverband hat hierüber schon eine Antwort gegeben, wie an anderer Stelle unseres Blattes zu ersehen ist: es wird die Aussperrung über ganz Deutschland geplant.

Die Dresdener Metallarbeiter haben sich indessen durch diese Drohungen nicht ins Bodshorn jagen lassen: sie sind über die Provokation der Unternehmer zur Tagesordnung übergegangen. Mit berechtigter Empörung wiesen sie die Zumutung zurück, sich auf Gnade und Ungnade den Metallindustriellen auszuliefern. Der Kampf geht also weiter, an dem in erster Linie die deutschen Metallarbeiter interessiert sind, sodann aber nicht minder die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands. Bedeutet er doch eine ganz neue Phase im gewerkschaftlichen Kampfe.

Auch der Kampf der Hamburger und der Bremer Seeleute geht weiter. Hier haben die Rheder sich ebenfalls eine Provokation der Arbeiter geleistet, die bis dahin in der Geschichte der Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland unerreicht dasteht. Sie stellen allen Ernstes als Be-

dingung einer Einigung mit den Streikenden die Forderung auf Entlassung des Verbandsvorsitzenden unseres Genossen Paul Müller. Sie begnügen sich also nicht mit Kleinigkeiten! Zwar lautete ihre erste Erklärung nur dahin, daß sie nicht mit Müller verhandeln wollten. Ballin erklärte, mit ihm nicht mehr verhandeln zu können, der ihm seit Jahr und Tag aufs heftigste angegriffen hat. Das ließen die Seeleute im Einverständnis mit Müller gelten, sie wählten eine Kommission, in der Müller nicht Mitglied war. Nun stieg der Kamm der Balliner und sie forderten kurz seine Entlassung aller Verbandsangestellter, richtiger aller „bezahlter Agitatoren“ des Seemannsverbandes, was selbstverständlich nur mit Hohngelächter aufgenommen wurde. Soweit sind wir in Deutschland denn doch noch nicht, daß die Unternehmer die Personen bestimmen, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen sollen und ihre Interessen wahrzunehmen haben. Das bestimme einstweilen noch die Arbeiter selbst. Aber: was würden die modernen Seeräuber in Hamburg sagen, falls die Streikenden den Spieß umkehren würden: wir nehmen nur dann die Arbeit auf, wenn — Ballin entlassen wird!

Eine Verschärfung des Kampfes trat in der ersten Maiwoche insofern ein, als etwa 6000 Hafendarbeiter auf 10 Tage ausgesperrt wurden wegen Teilnahme an der Arbeitsruhe am 1. Mai.

In Bremen lehnt es der Norddeutsche Lloyd ebenfalls ab, mit dem Verbände in Unterhandlung zur Beilegung des Streiks zu treten. Die Direktion erklärt, „daß wir nicht die mindeste Veranlassung als vorliegend erachten“, in Unterhandlungen zu treten. Also dasselbe wie in Hamburg, nur nicht ganz so borniert wie die gleichzeitig aufgestellte Forderung der Hamburger Rheder. Derweilen aber werden Recht und Gesetz mit Füßen getreten, die Schiffe laufen mit geschwidrig angemusterter und ungenügender bezw. gänzlich unbrauchbarer Mannschaft in See, aber kein Hahn kräht danach. Die Behörden schlafen. Inzwischen aber regt es sich in England, woher die deutschen Rheder Streikbrecher anzuwerben suchen. Im Parlament wurde der Staatssekretär des Handelsamts von Havelock Wilson interpelliert, ob er Kenntnis davon hat, daß die Hamburger und Bremer Rheder sich bemühen, in England Streikbrecher anzuwerben und sich dabei Personen bedienen, die gar keine Konzessionen zur Anwerbung von Seeleuten haben. Ferner ob er davon Kenntnis habe, daß es ungesetzlich sei, in englischen Häfen Seeleute für fremde Schiffe anzuwerben. Der Staatssekretär erklärte, daß er von der Angelegenheit Kenntnis habe, und sich „vor keinen Schritten scheuen wird, die notwendig sind, um das Gesetz zur Geltung zu bringen.“ So erhalten die deutschen Rheder selbst vom Staatssekretär des englischen Handelsamts Fußtritte. Die deutschen Behörden lassen es freilich zu, daß die Schiffe mit dem zweifelhaftesten Gesindel und unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen in See gehen dürfen.

Während so die Rheder in Hamburg und Bremen jegliche Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation ablehnen, hat der Verein Stettiner Rheder sowie die diesem Verein nicht angeschlossenen Rheder Stettins am 26. April durch friedliche Vereinbarungen mit dem Seemannsverband einen Tarifvertrag geschaffen, der bis zum 1. April 1908 die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Stettiner Seeleute regelt. An diesen Verhandlungen nahm auch der

Verbandsvorsitzende der Seeleute teil, dessen Absetzung die Hamburger Balliner fordern. Es dürfte genügen, die friedliche Vereinbarung in Stettin dem schroffen Verhalten der Hamburger und Bremer gegenüber zu stellen, um zu zeigen, auf welcher Seite das Recht in diesem Kampfe steht.

Ein Streit in dem bürgerlichen Brauhaus in Pilsen.

Im Brauhaus, der Pilsener Urquelle, wurde die Arbeiterschaft zu einem Lohnkampf provoziert, und zwar durch massenhafte Entlassungen der Fassbinder, weil diese ihrer gewerkschaftlichen Organisation beigetreten sind.

Vielleicht kein Unternehmer und keine Brauerei der Welt hat der Arbeit und Mühe der Arbeiter so viel zu danken, wie das Bürgerliche Brauhaus in Pilsen. Aus kleinen Anfängen und sozusagen ohne alle finanziellen Opfer seiner Begründer ist das Bürgerliche Brauhaus in Pilsen im wahren Sinne des Wortes ein Goldbrunnen für kaum einige hundert Menschen geworden; für Brauberechtigte, denen ohne alles Zutun und ohne jeden Verdienst jährlich große Braurechnungen zufließen. Im Jahre 1905 erlangte diese Brauberechtigung für eine Person 14 000 Kronen.

Das Bürgerliche Brauhaus wurde im Jahre 1842 gegründet, wo man anfangs, das berühmte Bier zu brauen. Damals betrug die jährliche Braurente jedem brauberechtigten Pilsener Bürger 64 Kronen österreichischer Währung. Brauberechtigte Häuser zählte man im Anfangsjahre 257, im Jahre 1905 noch 250. Die Bürger, welche ihr Recht, selbst Bier zu brauen, dem gemeinschaftlichen Unternehmen abgetreten haben zahlten damals für den Bau alle zusammen 16 454 Kr. 30 Heller. Seit dem Bestehen des Brauhauses wurde jedem Brauberechtigten über 400 000 Kr. aus dem Reingewinn ausgezahlt. Mit Zinsen gerechnet, haben alle Beteiligten fast 100 Millionen „Verdienst“ unter sich verteilt.

In diese Riesensumme sind nicht die Lantienen der Verwaltungsräte, die 10 000 ja 100 000 erreichen, eingezählt. Nebenher ist dem Oberbrauer jährlich 100 000 Kronen an Gehalt gezahlt, dem 1. Direktor dieselbe Summe. Im Vergleich zu diesen fürstlichen Einnahmen erhielten die Arbeiter weit schlechtere Bezahlung als in anderen Brauereien.

In der Regel zahlte man den Lohnslaven Hungerlöhne, desto mehr bekamen sie grobe Beschimpfungen und Drohungen zu hören.

Die Arbeitszeit war in manchen Abteilungen willkürlich auf 14—18 Stunden täglich verlängert, Sonntagsruhe war nicht beibehalten, Ersatzruhe nicht gewährt.

In letzter Zeit begann sich die Arbeiterschaft zu organisieren. Nach einigen vergeblichen Bemühungen, diese Organisationsbestrebungen zu unterdrücken, war der Arbeiterschaft im Bürgerlichen Brauhaus wie in der Genossenschafts-Aktienbrauerei das Koalitionsrecht zugesprochen.

Aber das Versprechen war nicht eingehalten. Ende März wurden 80 Binder gekündigt, da sie angeblich Mitglieder der Organisation geworden sind. In anderen Abteilungen wurden die Arbeiter mit Entlassung bedroht. Die einzelnen Meister haben von den Arbeitern die Mitgliedslegitimationen verlangt, da sie sonst gekündigt würden. Dieses Vorgehen rief in der Arbeiterschaft große Erregung hervor. Nachdem die Verwaltung des Brauhauses jede Erklärung und Vermittelung verweigert und die zu friedlicher Verhandlung delegierten Ver-

trauensmänner hinausgejagt hatte, verließen sämtliche Arbeiter die Brauerei und stellten die Arbeit ein. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten beträgt fast 900 Personen.

Unterdessen versprach die Aktienbrauerei ihren Arbeitern eine Erhöhung des Lohnes, um einem Streit in ihrem eigenen Unternehmen vorzubeugen. Die Aktionäre des Bürgerlichen Brauhauses haben darauf gedrängt und es durchgesetzt, daß dieses Versprechen in der zweitgrößten Brauerei aufgehoben wurde. Infolgedessen haben auch die Arbeiter der Aktienbrauerei die Arbeit eingestellt. Im ganzen stehen nun 1500 Arbeiter in den zwei größten Brauereien Oesterreichs im Kampfe um ihr Recht und ihre Existenz. Wir ersuchen die Arbeiter aller Länder und Nationen, sich nicht zur Arbeit nach Pilsen werben zu lassen.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Aussperrungskoller der Metallindustriellen schießt üppiger als je zuvor in die Salme. Am 2. Mai tagten die Vertreter der dem Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller angeschlossenen Verbände in Berlin, um über die durch die gegenwärtige Formerbewegung geschaffene Situation zu beraten. Wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ mitteilt, haben 26 von den 28 vertretenen Verbänden, deren Betriebe 320 000 Arbeiter beschäftigen, beschlossen, die durch die Lohnkämpfe des Metallarbeiter-Verbandes betroffenen Verbände durch Arbeiteraussperrungen zu unterstützen. „Sofern die Arbeiter der angegriffenen Verbände innerhalb einer in den nächsten Tagen festzusetzenden Frist die Arbeit nicht wieder aufnehmen, ist demgemäß mit Entlassungen von Arbeitern der Metallindustrie in großem Umfange zu rechnen.“ Die bürgerliche Presse rechnet schon mit einer Aussperrung von 320 000 Arbeitern! So tief werden sich natürlich die Herren Metallindustriellen nicht ins eigene Fleisch schneiden. Bis jetzt sind nur in einzelnen Gebieten (Maingebiet, Hannover) Kündigungen in größerem Umfange erfolgt. Immerhin dürften größere Kämpfe in der Metallindustrie für die nächsten Wochen zu erwarten sein. Diese geplanten Maßnahmen beweisen lediglich, wie schwer den Metallindustriellen die Formerbewegung auf die Nerven fällt. Daß den deutschen Gießereien durch größere Massenaussperrungen irgendwelche Hilfe erwächst, ist selbstverständlich ausgeschlossen. Im Gegenteil wird die Wirkung des Kampfes für die Unternehmer dadurch verschärft. Auch die vielleicht im stillen gehegte Hoffnung, der Metallarbeiterverband möchte sich an einer solchen Riesenaussperrung einmal „weißbluten“, wird sich nicht erfüllen, denn trotz der umfangreichen Streikausgaben im Vorjahr hat der Verband größere Kampfmittel als je zuvor und hat die Opferwilligkeit seiner nahezu 300 000 Mitglieder noch kaum ernstlich beansprucht. Erst jetzt hat der Vorstand eine Extrasteuer von nur 25 Pf. wöchentlich ausgeschrieben. Dann aber würde angesichts einer Riesenaussperrung auch die ganze organisierte Arbeiterschaft hinter der angegriffenen Organisation stehen, und in der Regel sind unsere Organisationen aus solchen Kämpfen geträgtiger als zuvor hervorgegangen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat heute einen Stand erreicht, daß sie derartigen Machtpöben des Unternehmertums mit kühler Ruhe entgegensehen kann. Den weitaus größten Schaden solcher Machtkämpfe haben die aussperrenden In-

duktionen selbst, vor allem die in Mitleidenschaft gezogenen mittleren und kleinen Betriebe. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, über das Wohl und Wehe der Industrie zu wachen, — das überlassen wir gern den Industriellen. Dafür wird ihnen aber auch niemand die Verantwortung für die getroffenen Maßnahmen streitig machen!

Kartelle und Sekretariate.

Arbeitersekretär für Mannheim gesucht.

Das Gewerkschaftskartell in Mannheim sucht einen Gewerkschaftssekretär. Derselbe muß in der Gewerkschaftsbewegung erfahren sein und den Arbeitersekretär vertreten können. Erforderlich sind: rednerische Fähigkeit und Kenntnis in der sozialen Gesetzgebung. Bewerber haben einen schriftlichen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs mit der darauf bezüglichen Aufschrift bis 21. Mai a. c. an Jos. Pflieger, Mannheim, Niedfeldstr. 4a, II, einzureichen.

Arbeitersekretär für Dresden gesucht.

Für das Arbeitersekretariat Dresden wird für 1. Juli d. J. ein weiterer Sekretär gesucht. Geeignete Bewerber wollen ihre Zuschriften, denen eine Bewerbungsschrift über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs, Angaben über bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche beizulegen sind, baldigst an das Gewerkschaftskartell Dresden, Rippenbergstraße Nr. 2, III, einsenden.

Anderer Organisationen.

Der Sechste Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist für den 22. Juli nach Breslau einberufen. Auf der Tagesordnung stehen: Bericht des

Ausschusses des Gesamtverbandes (Stegerwald-Köln); die Betätigung der Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung (Kloß-Essen); die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben (Giesberts-Gladbach); die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen (Möhling-Düsseldorf und Fr. Behm-Berlin) und Erledigung von Anträgen. Anschließend an den Kongreß findet die Generalversammlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften statt.

Mitteilungen.

An die Vorstände der Gewerkschaftskartelle und die Einzelbezieher des „Correspondenzblattes“.

Anfang Juni finden die Ueberweisungen des „Correspondenzblattes“ durch die Post an unsere Einzelbezieher (Kartellvorsitzende usw.) statt. Wir ersuchen daher, uns spätestens bis zum 5. Juni alle **Adressenänderungen**, die für die Bestellung des Blattes in Betracht kommen, mitzuteilen. Hierunter sind auch zu verstehen die Adressen der bei event. jetzt stattgefundenen Neuwahlen gewählten Vorsitzenden der Kartelle, die anstatt der bisherigen Vorsitzenden zum Bezuge des Blattes berechtigt sind.

Adressenänderungen usw., die uns nach dem 5. Juni zugehen, können für das kommende Quartal nicht mehr berücksichtigt werden. An diese werden erst ab 1. Oktober die Ueberweisungen erfolgen.

Wir teilen weiter mit, daß den Vorsitzenden der Kartelle, die die Fragebogen zur Kartellstatistik, trotz wiederholter Mahnungen, nicht wieder eingesandt haben, das „Correspondenzblatt“ ab 1. Juli entzogen wird. Die Expedition.

==== **Konferenz** ====

der auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

**Sonntag, den 3. und Montag, den 4. Juni 1906
in Magdeburg, im „Louisenpark“, Spielgartenstr. 1c.**

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Ziegeleien. (Referent: E. Großmann = Magdeburg.)
2. Die Verbesserung der Lage der Ziegeleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen. (Referent: A. Brey = Hannover.)
3. Die Organisation der Ziegler.

Zutritt zur Konferenz haben alle auf Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich durch ein Mandat ihrer Kollegen und Kolleginnen als zur Konferenz delegiert ausweisen können.

Es soll aus jedem Orte, in welchem Ziegeleien vorhanden sind, nur eine Person zu der Konferenz entsandt werden. Ueber Zulassung einer größeren Zahl Delegierter aus einem Orte entscheidet die Konferenz.

Die Delegierten können entweder in Versammlungen von Ziegeleiarbeitern, oder wo solche nicht einberufen werden können, durch Sammlung von Unterschriften gewählt werden.

Die Verhandlungen beginnen am Sonntag, den 3. Juni, vormittags 11 Uhr.

Die Delegierten wollen sich bezüglich Logis und sonstiger lokaler Angelegenheiten an den Genossen **E. Großmann, Magdeburg, Knochenhauer- u. fer 27/28**, wenden.

Von der Wahl der Delegierten ist auch dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen, damit die Präsenzliste vor Beginn der Konferenz aufgestellt werden kann.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.